

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 36. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 25. Januar 2012
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.30 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Cedric Roos, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
 Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
 Ines Weihrauch, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Adam, Lukas Brügger, Markus Gruber, Florian Spiegel,
 Peter von Arx

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**
 anstelle der zurückgetretenen Franziska Kissling, SP,
 für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 4038
2. Bericht des Gemeinderates vom 21.12.2011, betreffend
**Abrechnung des Verpflichtungskredites von CHF 220'000 an den
 Umbau des Knotens Baslerstrasse/Grabenring in einen Kreisel**
 Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3663B
3. Interpellation von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2011,
 betreffend **finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde Allschwil bzgl.
 Bedarfsberechnung Entwicklung Pflegekosten 2012 – 2015**
 Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4025 / A

-
4. Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2011, betreffend
Alternative Energien und Energiesparmassnahmen bei Renovation und Neubauten der Gemeindeliegenschaften
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4033

 5. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 14.12.2011, betreffend
Jüngstes Ratsmitglied bei Legislaturbeginn einbinden
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4036

 6. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend
Nennung der Interessenbindungen von Einwohnerratsmitgliedern
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4011

 7. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend
Wegweiser zu den Partnerstädten
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4012

 8. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 22.06.2011, betreffend
Solarkataster für die Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4015

 9. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 27.06.2011, betreffend
Photovoltaikanlagen auf allen Gemeindebauten in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4016

 10. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend
Bildung einer Spezialkommission Verkehr
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4018

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 36 vom 25. Januar 2012

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Cedric Roos

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Cedric Roos, Präsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und hoffe, Sie sind alle gut ins neue Jahr gestartet.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Sie haben festgestellt, dass Sie einen neuen Namen gehört haben. Und zwar ist Nedim Ulusoy per letzte Woche zurückgetreten. Er dankt Ihnen für die gute Arbeit. Für ihn nachgerückt ist Patrick Lautenschlager für den Rest der Legislatur. Ich möchte Patrick herzlich hier begrüssen. Über deine Rechte und Pflichten wird dich deine Fraktion informieren. Ich darf noch zwei weitere Mitteilungen machen, das sind zwei Einladungen, vom Musikverein Schönenbuch und der Musikgesellschaft Concordia Allschwil. Sie laden am Samstag, 04. Februar 2012, in die Mehrzweckhalle Schönenbuch ein, um 19.00 zum Abendessen, Programmbeginn ist um 20.00 Uhr. Eine zweite Einladung haben wir vom Kammerorchester Allschwil erhalten, Sonntag, 12. Februar 2012, 17.15 Uhr in der Theresienkirche Allschwil.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich möchte den Unmut äussern über solche Vorgänge, dass kurz vor Ende einer Legislatur jemand ausscheidet aus dem Einwohnerrat, der notabene Kommissionspräsident ist, und eine Person hier drin sitzt, die nur die restlichen Sitzungen absitzt, auf der Wahlliste der Grünen nicht existiert, sprich, er wird in der nächsten Legislatur gar nicht hier sein. Das erschüttert mich, dass die linke Seite es nicht so ernst nimmt hier drin, ihre Arbeit wahrzunehmen. Wir wissen, dass sonst schon jemand raus ist, ohne dass wir erfahren haben, weshalb. Das kann nicht sein, denn wir sind Volksvertreter. Es sind Leute, die gewählt wurden, und die sagen plötzlich, dass sie nicht mehr kommen. Wir erfahren gar nicht wieso, das ist meine Protestnote.

Cedric Roos, Präsident: Der Einwohnerrat nimmt dies zur Kenntnis. Wir kommen zu den neuen Vorstössen. Eine Interpellation von Josua M. Studer, SD, betreffend Mietzinsgarantieleistungen für die Sozialbezüger der Gemeinde Allschwil.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ihr seid vielleicht erstaunt, dass ich mit so etwas, das eigentlich in der Behörde gehandhabt wird, in den Einwohnerrat komme. Das hat einen ganz klaren Grund. Ich hoffe, ich erzähle jetzt nicht zu viel, nicht dass es wieder hiesst, ich hätte Amtsgeheimnisverletzung gemacht. Wir haben in diversen Sitzungen dieses Thema immer wieder angesprochen. Es ist für mich nicht erfüllt, wie die Situation jetzt ist. Ich wollte in der letzten Sitzung der Sozialbehörde eine Aufklärung und Enddiskussion haben. Man wollte nicht, und dann habe ich angekündigt, dass ich einen Vorstoss machen werde. Ich empfehle, die Interpellation gut zu beantworten, ansonsten gibt es eine Diskussion.

Cedric Roos, Präsident: Wir haben ein Postulat der SP/EVP-Fraktion, Juliana Weber Killer, betreffend ein Kulturhaus für Allschwil. Wir haben eine kleine Anfrage der SP/EVP-Fraktion, Andreas Bammatter, betreffend Internationales Jahr der Genossenschaften. Wir haben ein weiteres Postulat der SP/EVP-Fraktion von Andreas Bammatter betreffend Projektskulpturenpfad Allschwil. Weiter haben wir eine Motion von Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, betreffend Sicherheit auf Fussgängerstreifen.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Ich habe dies vor 10 Minuten eingereicht, die können Sie noch nicht haben. Im letzten Monat sind im Kanton Baselland drei Personen auf Fussgängerstreifen angefahren worden. Darum brennt mir das grad unter den Nägeln, dass wir dies in Allschwil auch anschauen. In Binningen, Birsfelden und Aesch sind in einem Monat drei Personen angefahren worden.

Cedric Roos, Präsident: Sie wundern sich vielleicht, diese Postulate und Motionen, die ich jetzt verlese, wurden vor der Sitzung eingereicht, deshalb sind noch keine Kopien zuhanden der Einwohnerräte vorhanden. Weiter wurde ein Postulat von der FDP/GLP-Fraktion eingereicht, Kathrin Gürtler, betreffend Massnahmen gegen Schleichverkehr in den Quartieren.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Nur ganz kurz, weil ich es erst grad vor der Sitzung eingereicht habe. Es geht vor allem um die Umfahrung von Rückstau, den es auf der Baslerstrasse gibt, durch die Quartiere. Näheres können Sie später der Begründung des Postulats entnehmen.

Cedric Roos, Präsident: Wir haben ein Postulat von der FDP/GLP-Fraktion, Rahel Balsiger, betreffend einer Erweiterung des Konzepts Standort Wertstoffsammelstelle im Bereich Lindenplatz.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Die Traktandenliste wurde ordnungsgemäss verschickt und es sind bereits vor der Sitzung Änderungsanträge eingegangen.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich habe mit Cedric vor der Sitzung bereits telefoniert. Ich möchte einen Änderungsantrag stellen. Es geht um ein neues Mitglied der Grünen in der Vormundschaftsbehörde. Das ist Frau Melanie Flubacher, die sich zur Wahl stellen würde.

Cedric Roos, Präsident: Wir stimmen kurz darüber ab, ob wir das Traktandum in die Traktandenliste nehmen als neues Traktandum 1.1.

://:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

633 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro
anstelle der zurückgetretenen Franziska Kissling, SP,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 4038

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Ich habe das schriftlich eingereicht. Wir schlagen Basil Wagner als neues Mitglied des Wahlbüros vor.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall.

://:

Damit ist Basil Wagner in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere ihm in absentia.

634 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1.1

Wahl eines Mitgliedes in die Vormundschaftsbehörde
anstelle des zurückgetretenen Patrick Lautenschlager, Grüne,
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 4039

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Als Nachfolge wird Melanie Flubacher vorgeschlagen. Sie hat Jahrgang 1977, ist Mutter von zwei Kindern und hat auch andere Kinder betreut als Tagesmutter. Sie studiert jetzt Psychologie. Sie hat mit Frau Jans bereits das Gespräch aufgenommen, um zu erfahren, was der Inhalt der Arbeit auf der Vormundschaftsbehörde ist. Sie würde das sehr gerne und engagiert machen. Ich schlage sie zur Wahl sehr herzlich und gerne vor.

Cedric Roos, Präsident: Vorgeschlagen zur Wahl ist Melanie Flubacher. Gibt es weitere Kandidaturen?

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich habe keine Kandidatur, sondern eine Anfrage. Für welchen Zeitraum wird diese Person gewählt? Die Situation ist so, dass laut Weisung das Amt bis 31. Dezember gehen soll. Man hört es munkeln, dass wir dann doch nochmals eine VB-Wahl durchführen in der konstituierenden Sitzung. Was ist richtig?

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist eine Frage, die ich bereits in Auftrag gegeben habe, dies abzuklären. Geht die Behörde bis Ende Jahr, weil es sie nachher nicht mehr gibt. Bei der Schulpflege war es auch so, dass das neue Bildungsgesetz kam, und dann waren die Schulratsmitglieder einfach sieben Monate länger. Der Kanton hat gesagt, dass dies einfach so verlängert wird. Ich gehe davon aus, dass es in diesem Fall auch so sein wird. Es wäre nicht sinnvoll, dass man für ein halbes Jahr neue Leute wählt und einarbeitet. Aber genau sagen, kann ich es nicht, es ist noch in Abklärung mit dem Kanton.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ist Frau Flubacher bereit, bis 31.12. dieses Amt zu machen oder wird das nochmals gewechselt? Das ist nicht der erste Wechsel der Grünen in dieser Legislatur. Die letzte Person, die rausgegangen ist, hatte keine Zeit mehr und hat nachher für den Gemeinderat kandidiert. Diese Person, die jetzt raus ist, hat plötzlich Zeit für den Einwohnerrat. Was ist das für eine Amtsauffassung?

Arnold Julier, Gemeinderat: Also nach dem 31.12. gibt es das nicht mehr, da kann sie nicht mehr weitermachen. Ich nehme natürlich an, dass sie bis zum 31. dort bleibt.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Frau Flubacher hatte ein persönliches Gespräch mit Frau Jans und sie wurde diesbezüglich vollumfänglich von Frau Jans aufgeklärt. Sie ist vollumfänglich bereit, diese Arbeit bis anscheinend Ende Jahr zu übernehmen.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es weitere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall.

://:

Damit ist Melanie Flubacher in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere ihr in absentia.

635 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 21.12.2011, betreffend
Abrechnung des Verpflichtungskredites von CHF 220'000 an den
Umbau des Knotens Baslerstrasse/Grabenring in einen Kreisel
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3663B

Robert Vogt, Gemeinderat: Beim Kreisel Grabenring wurde das Projekt erfolgreich abgeschlossen. Sie konnten dem Bericht entnehmen, dass das Budget eingehalten wurde. Ich möchte Sie noch kurz darüber informieren, dass es noch eine Pendenz gibt, die im Einwohnerrat bereits besprochen wurde. Im Grabenringkreisel gibt es die Ausfahrt Richtung Allschwil. Dort ist heute die Situation unbefriedigend, weil der private motorisierte Verkehr dort mit dem Tram in einen Engpass kommt. Vom Kanton wurde bereits vorgesehen, dass man dort ein Achtungsignal hat, das steht heute bereits. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass es dort weitere Massnahmen braucht, um die Sicherheit für den Verkehr zu erhöhen. Nichts desto trotz ist das Projekt dennoch abgeschlossen und ich kann Ihnen heute eine fertige Abrechnung dafür vorlegen. Diese wurde, wie gesagt, eingehalten. Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Cedric Roos, Präsident: Ist das Eintreten grundsätzlich bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Beratung.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Eine Frage an den Gemeinderat. Es wird hier beschrieben, dass ein Vorprojekt für die Kreuzung Grabenring/Hegenheimermattweg beim Gemeinderat liegt. Ist es dem Gemeinderat möglich, uns darüber zu orientieren, was hier angedacht wurde?

Robert Vogt, Gemeinderat: Geben Sie mir kurz die Gelegenheit, hier zu beschreiben, was an weiteren Projekten da ist. Wie Sie wissen, haben wir in einer früheren Einwohnerratssitzung bekannt gegeben, dass die Verkehrssituation beim Grabenring im Bereich Hegenheimermattweg verbessert werden soll. Der Kanton hat dazu im Herbst ein Vorprojekt dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Gemeinde konnte zu diesem Projekt Stellung nehmen. Vorgesehen ist ein Kreisverkehr, das heisst ein weiterer Kreisel Grabenring/Hegenheimermattweg. Dort ist eine Gemeindestrasse betroffen, nämlich der Hegenheimermattweg. Das Projekt wird momentan bereinigt. Der Kanton löst die Details, wo noch offene Fragen da sind. Das Projekt werden wir, wenn es dann bereit liegt, in den Einwohnerrat bringen. Heute kann ich sagen, dass das Projekt vom Kanton überarbeitet wird und dann wieder zurück nach Allschwil kommt.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Wir haben dies zur Kenntnis genommen, dass es eine schöne Punktlandung gegeben hat. Wir möchten dies verdanken, daran haben wir Freude. Es wäre schön, wenn es beim Kreisel verkehrstechnisch auch noch eine Punktlandung geben würde mit den erwähnten Verbesserungsarbeiten, die noch ausstehend sind. Dann könnte man vollkommen zufrieden sind. Aber zuerst mal ein Dankeschön.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Mir ist nach unserer Diskussion im Einwohnerrat um die Ausfahrt vom Kreisel in Richtung Dorf eine Massnahme in den Sinn gekommen, die man ergreifen könnte und dies möchte ich jetzt als Vorschlag dem Gemeinderat auf den Weg geben. Nämlich ein Achtung-Tram-Signal auf die Strasse zu malen, so wie wir es beim Neuallschwil-Schulhaus haben für die Schule.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Wir Grünen haben den Bericht auch gelesen und studiert und ich möchte etwas ganz kleines nachfragen. Was beinhalten die CHF 20'000 für besondere Gestaltungsmaßnahmen genau? Ist das die blaue Weihnachtsbeleuchtung oder was ist das genau? Sehr gerne erwähne ich nochmals, dass die Velosicherheit immer noch nicht ganz gewährleistet ist bei diesem Kreisel.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank für die Detailfragen. Zur ersten Frage kann man sagen, dass dies die Innengestaltung des Kreisels die, Installation der Holzpfosten, die wir als Sichtschutz im Kreisel aufgestellt haben. Diese Lösung wurde im Budget von den CHF 20'000 realisiert. Dies funktioniert gut und es ist eine Massnahme, die sehr pflegegünstig ist. Im Innenbereich des Kreisels sind Grünanlagen, die sehr pflegeleicht sind und die auch für die Biodiversität einen hohen Nutzen bringen. Das wurde mit der Innengestaltung des Kreisels realisiert. Zur zweiten Frage, die Sicherheit der Velofahrer. Dort haben wir heute nun den definitiven Zustand. Das letzte Mal haben wir darüber gesprochen, dass die Signalisation für die Velofahrer fehlt. Heute haben wir den effektiven Endzustand. Nach meiner Auffassung ist es jetzt okay, ich brauche diesen Kreisel sehr häufig. Aber wenn dort noch etwas brennend wäre, dann wüssten wir das gerne. Für mich ist das abgeschlossen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich kann mich Kathrin Gürtler anschliessen. Heute Morgen gab es grad wieder eine gröbere Kollision mit dem Tram, weil einer gesagt hat, dass er das nicht wusste. Die Signalisation dort ist nicht optimal. Man müsste noch etwas ins Auge fassen, damit dies etwas besser geht.

René Imhof, SVP-Fraktion: Mir geht es auch um die Signalisation. Mir als passionierter Autofahrer ist es schon mindestens zweimal passiert, das ich bei rot dort durchgegangen bin und das Tram durfte die Glocke ausprobieren. Mein Vorschlag wäre, dass wir entweder zusätzlich oder allgemein die Signallichter ein bisschen weiter runter machen. Der Blick vom Auto auf die Strasse ist so, dass man auf den Verkehr

achten muss. Es hat einen Fussgängerstreifen, und man ist da fast im Multitasking drin. Wenn das ein bisschen weiter unten wäre, vielleicht auch ein bisschen grösser, dann würde man das viel eher erkennen und sehen, und dann würde so etwas nicht passieren.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates:

Die Abrechnung des Verpflichtungskredits im Betrag von CHF 218'330.75 an den Umbau des Knotens Baslerstrasse/Grabenring in einen Kreislauf wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

636 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Interpellation von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2011, betreffend finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde Allschwil bzgl. Bedarfsberechnung Entwicklung Pflegekosten 2012 – 2015
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4025 / A

Cedric Roos, Präsident: Andreas Bammatter, sind Sie mit der Beantwortung zufrieden? Die Beantwortung hat schriftlich stattgefunden.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Besten Dank an den Gemeinderat für die Abklärungen. Ich wusste schon vieles, es ist nichts Neues, aber ich wollte darauf hinweisen, dass es ein wichtiges Thema ist, das auf die Gemeinde zukommt. Wie wir letztens lesen konnten, hat der Kanton die Normkosten um 1,5% erhöht, was wiederum eine Kostenerhöhung für die Gemeinden geben könnte. Wie in den Ausführungen steht, ist nicht nur die Bettenzahl, sondern auch die Belegungsstruktur und somit auch die Pflegestufe massgebend verantwortlich für die Kosten. Ich gehe richtig in der Annahme, dass mit der Strategie des Gemeinderates "ambulant vor stationär" mittelfristig die Kosten im Pflegebettenbereich eher steigen werden, und dass wir halt mehr Menschen haben, die in einer höheren Pflegestufe sind. Ich bin froh, dass wir diese Zahlen jetzt haben und dass man sieht, dass wir achtsam sein müssen und entsprechende Kosten auf uns zukommen. Besten Dank dem Gemeinderat.

Arnold Julier, Gemeinderat: Die Pflegefinanzierung ist ein Thema für sich, da arbeiten wir schon lange daran. Als dieses Papier erstellt wurde, sind wir von den Zahlen ausgegangen, die wir hatten. Inzwischen hat sich dies schon wieder geändert, indem das Bundesamt für Gesundheit beschlossen hat, dass das Anrichten von Medikamenten unter Pflegekosten fällt und nicht unter Betreuung. Dadurch sind die Anteile der Gemeinde wieder gestiegen. Der Bewohner oder die Bewohnerin bezahlen maximal CHF 21.60, wie Sie in der Interpellationsantwort sehen. Jetzt sind die Kosten gestiegen, und dadurch kostet es jetzt mehr für die Gemeinde, als es in der Interpellationsantwort steht. Für Allschwil gibt diese Änderung Mehrkosten von CHF 90'000 zu den CHF 2'100'000. Es ist ein unsicheres Gebiet, das wir hier haben. Dadurch, dass die Gemeinde einen Teil der Pflegekosten übernehmen müssen, spart der Kanton Ergänzungsleistungen. Da sind wir noch nicht ganz einig, ob sich der Kanton hier nicht auch beteiligen müsste, weil der Kanton Ergänzungsleistungen einspart. Wir sind da noch am verhandeln. Die eine Direktion sagt, das sei so und die andere sagt, das sei nicht so. Da gibt es noch ein hin und her und es ist noch nicht definitiv geklärt, wie die Finanzierung herauskommt. Im Moment ist es so, wie sie hier steht. Die Pflegekosten sind maximal CHF 21.60 für die Bewohnerin und den Bewohner und den Rest bezahlt nebst der Krankenkasse die Gemeinde, so wie es in der Interpellation steht.

Cedric Roos, Präsident: Damit ist die Interpellation beantwortet. Eine Diskussion gibt es ohne Antrag keine. Die Interpellation ist beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben.

637 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2011, betreffend Alternative Energien und Energiesparmassnahmen bei Renovation und Neubauten der Gemeindeliegenschaften
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4033

Cedric Roos, Präsident: Der Gemeinderat empfiehlt Entgegennahme. Gibt es Gegenanträge? Das ist nicht der Fall, somit ist das Geschäft überwiesen.

Für die Behandlung der Verfahrenspostulat übergebe ich das Wort dem 1. Vizepräsident.

638 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 14.12.2011, betreffend Jüngstes Ratsmitglied bei Legislaturbeginn einbinden
Antrag des Büros: Entgegennahme Geschäftsvertretung: Büro ER, Geschäft 4036

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Antrag des Büros lautet Entgegennahme. Liegt ein Gegenvorschlag vor? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit haben wir das Verfahrenspostulat überwiesen.

639 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend Nennung der Interessenbindungen von Einwohnerratsmitgliedern
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER, Geschäft 4011

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Der Antrag des Büros lautet Nichtentgegennahme.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Es ist manchmal erstaunlich, was geht. Man stellt sich etwas vor und es kommt anders heraus, gerade bei den Verfahrenspostulaten ist es jetzt so. Die Sache, wo ich denke, dass das Büro sie entgegennimmt, nehmen sie nicht entgegen. Das, wo ich denke, dass sie es ablehnen werden, nehmen sie es entgegen. Momentan ist die Konstellation vom Büro irgendwie komisch, denn das haben wir in der ganzen Zeit noch nie so erlebt, seit ich in diesem Rat bin, und das ist länger als ein paar Jährchen. Nennung der Interessensbindungen. In meinen Augen ist das sehr richtig. Wir sind Volksvertreter und das Volk muss wissen, wer sie vertritt. Wenn man auf kantonaler und nationaler Ebene schaut, dann ist dies eine grosse Sache. Da wird grossen Wert darauf gelegt, dass man peinlichst genau sagt, wo man überall dabei ist. Ich frage mich, weshalb dies bei einem Gemeindeparlament nicht dasselbe ist. Wir machen genau die gleiche Arbeit, wie das kantonale Parlament oder das Bundesparlament, einfach auf einer anderen Stufe. Jetzt, wo wieder Wahlen anstehen, gibt es Flyers,

Plakate und Blogs etc. Dort wird alles offenbart und dort ist es sehr wichtig mitzuteilen, in welchem Verein jemand ist, damit man weiss, wie engagiert man ist. Ich finde es interessant, dass man sagen kann, dass es nicht notwendig ist, dass man es deklariert, wer wo wie involviert ist. Man muss nicht angeben, dass man im Schützenverein ist. Aber wenn man ein Vorstandsamt hat im Schützenamt oder Kassier oder Revisor ist, dann ist dies ein wichtiger Aspekt, dass man diese Verbindung zu einem Amt offen legt. Auch wenn das Büro dies nicht entgegennehmen möchte, bitte ich Sie dies zu überweisen. Ich habe schon gehört, dass es ein grosser Aufwand sei. Ich weiss nicht, wo der Aufwand ist. Anfangs Legislatur oder bei Eintritt muss man sowieso ein Schreiben abgeben mit der Erklärung, dass man bereit ist für die Amtsannahme. Dort kann man grad noch angeben, was man ist. Frau Müller auf der Gemeinde macht sehr gute Arbeit, was die Website-Betreuung angeht und die Wünsche, die man an sie richtet. Sie reagiert immer sehr schnell und so etwas hat sie innert Sekunden eingedöggelet. Das gibt keine grosse Mehrbelastung, aber es gibt eine Übersicht, wenn sich der Bewohner informieren möchte, wer in diesem Rat ist.

Cedric Roos, Präsident: Das Büro vom Einwohnerrat sieht den Nutzen von der Umsetzung dieses Verfahrenspostulats nicht. Nebst dem Verwaltungsaufwand, und den sehen wir durchaus durch Aktualisierung, die laufend stattfinden müsste, gäbe es nicht viel Änderungen. Es gelten wie bis anhin die Ausstandspflichten gemäss Reglement. Die FDP zeigt mit der Bitte ans Büro, ihr Postulat betreffend Photovoltaik bis zur Veröffentlichung vom Sonfas im Handelsregister zu vertagen, dass man dieser Regelung Respekt zollt, die Selbstdisziplin funktioniert also. Selbstdisziplin ist nicht das einzige Mittel, bei Bedarf kann auch das Büro nötige Abklärungen treffen, selbstständig oder auf Auftrag von aussen. Es wundert uns, dass dieser Vorstoss auf Einwohnerräte beschränkt ist. Aufgrund der Einflussmöglichkeiten wären die Interessensbindungen der Gemeinderäte viel mehr von Interesse. Wir möchten der Identität von Allschwil nicht schaden. Es gibt starke Kräfte in Allschwil und in diesem Parlament, die das Selbstbild als Dorf schützen möchten. Tatsächlich haben wir erst kürzlich einen Vorstoss von Stadtentwicklungskonzept in Dorfentwicklungskonzept umbenennen müssen deswegen. Auch wir möchten dem Rechnung tragen und fragen deshalb, ob wir noch von einem Dorf reden dürfen, wenn wir uns solche Beschränkungen auferlegen müssen. Darum empfehlen wir Nichtentgegennahme von diesem Verfahrenspostulat.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat das Verfahrenspostulat ausgiebig diskutiert und ist zur Überzeugung gelangt, dass Interessensbindungen durchaus sinnvoll sein können, dass wir aber trotzdem schauen müssen, dass die Kirche im Dorf bleibt. Wir möchten uns nicht anmassen, den Einwohnerrat mit der vereinigten Bundesversammlung oder mit dem Landrat zu vergleichen. Wir meinen, dass auf der Ebene des kommunalen Parlaments die Interessensbindung nicht notwendig ist. Darum sind wir für Ablehnung des Verfahrenspostulats.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Wir haben in der Fraktion dies miteinander diskutiert. Wir waren der Meinung, dass wir auf die Begründung des Büros warten in der heutigen Sitzung. Wir schliessen uns dieser Meinung überzeugt an. Es gibt aber noch einen zusätzlichen Grund. Alle Reglemente sind nur so gut, wie die Umsetzungsprozedur. Ich bin davon überzeugt, dass dies bei einer erstmaligen Erfassung nach der Wahl durchaus funktioniert, aber ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Legislatur vier Jahre dauert. Wenn wir bei jedem Vereinsmandatswechsel daran denken müssen, dass wir dies Nicole Müller melden müssen, dann zweifle ich daran, dass die Aktualisierung im vierten Legislaturjahr überhaupt noch eingehalten werden kann. Da schiessen wir mit Kanonen auf Spatzen.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wir von der FDP/GLP-Fraktion haben dies ebenfalls geprüft. Auf der einen Seite scheuen wir den administrativen Aufwand, auf der anderen Seite müssen wir einsehen, dass Transparenz im Interesse der Wähler ist. Wir stellen fest, dass vergleichbare Gemeinden wie Riehen dies auch eingeführt haben ohne Schaden. Darum haben keinen Einwand gegen die Annahme von diesem Postulat.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Ich schliesse mich dem Votum von Herrn Mollat an.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wenn Hans-Peter von Spatzen redet, dann fange ich an mit Verhältnismässigkeit. Wir meinen, es sei nicht nötig. Die Juso haben es kantonal eingegeben. Wer

möchte, dass im Parlament des Kantons dies eingeführt wird, kann dort ganz sicher ja stimmen. Wer wissen will, wo ich überall dabei bin, kann auf der Website nachschauen. Es fehlen dort zwei Sachen, Mitglied Coop-Genossenschaft und Römisch-Katholische Kirche, ich glaube, den Rest habe ich aufgeschrieben. Ich sammle nicht mehr Briefmarken und nichts in dieser Art. Im Kanton haben wir grössere Verhältnismässigkeiten. Da hat es Interessen, die kantonale grossen Einfluss nehmen können, sei das vom Renommee der Person, der Finanzen und den Beziehungen, wo man Einfluss nehmen kann. Auf dieser Seite, wo ihr hinschaut, ist niemand mit einem ganz grossen finanziellen Einfluss auf die Politik von Allschwil oder mit einem sehr gewichtigen Einfluss. Das einzige habe ich vielleicht, Parteipräsident der SP. Wir sind dagegen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich spüre eine gewisse Lächerlichkeit, die hier an den Tag gelegt wird. Es werden tolle Sprüche gemacht, jetzt von Seiten der CVP, dass man eigentlich den Sinn sieht, aber man ist trotzdem dagegen. Die Idee kommt von der falschen Person, das behaupte ich jetzt einfach mal, das ist ein Detail. Hans-Peter Tschui, nur zur Information, die wenigsten bleiben vier Jahre im Einwohnerrat. Heute Abend haben wir es geschafft, dass wir über 50% Wechsel haben. Man könnte es für Herrn Lautenschlager für drei Sitzungen auch noch aufführen, was er alles für Ämtli hat, das wäre keine Sache.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich verstehe es, wenn man von den Landräten redet, wo man im Oberbaselbiet nicht weiss, was man im Unterbaselbiet macht. Man sieht sich nicht jeden Tag, sondern nur alle zwei Wochen. Und dass man sich im Ober- und Unterwallis auch nicht jeden Tag sieht, verstehe ich auch. Aber wir reden von einem Dorf, wir sehen uns und wir wissen, wo wir verbunden sind. Wir müssen dies nicht noch schriftlich festhalten. Also so viel Nähe haben wir miteinander.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte nochmals klarstellen, dass wir von der CVP-Fraktion nicht gesagt haben, dass wir den Sinn sehen und trotzdem dagegen sind. Wir haben gesagt, dass wir den Sinn für das grosse Parlament sehen, die Bundesversammlung oder den Landrat. Aber wir sehen die Notwendigkeit für ein kommunales Parlament nicht, deshalb sind wir dagegen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Es geht nicht darum, dies lächerlich zu machen. Für mich ist es auf Bundesebene und kantonaler Ebene sinnvoll. Auf Gemeindeebene habe ich mich gefragt, was es bringt, und zwar sachlich und trocken. Ich kann eine Scheingenaugigkeit heranzubringen, indem ich Verwaltungsmandate oder Vorstandssitze aufzeichne. Wenn jemand nur Genossenschafter oder nur ein Vereinsmitglied ist, dann kann er genauso verbunden sein, er gibt es nicht an, aber es wäre trotzdem so. Wer mit wem verheiratet, verschwägert und guter Kollege ist, kann man auch nicht aufschreiben. Wir haben eine Scheingenaugigkeit, wir haben viele Informationen, aber was dies bedeutet, kann man nicht lesen, das muss man wissen. Der Gewinn ist nicht garantiert, selbst wenn wir grosse Listen machen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Herr Benz hat es grad wieder gezeigt, es wird nicht zugehört, was hier geredet und geschrieben wird. Interessensbindungen sind Funktionen und keine Mitgliedschaften, wo man Sympathien hat. Und mit wem man mal ein Bier getrunken hat, das muss man nicht angeben, das ist nicht gemeint. Ihr wisst es ganz genau und zieht es ins Lächerliche. Ihr zieht das ins Lächerliche. Wir haben keine Transparenz, weshalb Mitglieder aus dem Einwohnerrat ad hoc ausscheiden. Wir sind ein Dorf, auch wenn wir knapp 20'000 Einwohner haben. Wenn man nicht einmal wissen darf, weshalb ein Ratsmitglied Ämter niederlegt, die letzte Person, die vorher raus ist, war auch Kommissionspräsident, dann gibt es das doch einfach nicht, dass solche Personen einfach austreten und man weiss nicht, warum. Das geht nicht und man sollte wenigstens im Vorfeld wissen, wo diese Leute verwurzelt sind und was sie für Funktionen haben. Da kann man nicht sagen, dass Vertrauen gut sei und man könne dann noch Abklärungen treffen. Es muss zuerst eine Beule geben, bevor man sie ausbeult.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich glaube, ich bin vorhin nicht verstanden worden von dir. Ein Verwaltungsmandat und Kassier sein in einem Verein, das hast du richtig gesagt, sind klare Interessensbindungen. Wenn ich aber jemanden gut kenne und persönliche Interessen habe, dann sind die mindestens so gewichtig, aber sie kommen auf keiner Liste vor und gehören auch nicht drauf. Die Liste sagt es einem nicht, weil es nicht drauf steht, aber es ist trotzdem so und nicht weniger gewichtig.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: Ich schliesse mich grundsätzlich dem Votum von Herrn Mollat an. Wegen den Interessensbindungen. Wir sind doch 20'000 Leute, man kann nicht erwarten, dass jeder im Dorf jeden kennt. Wenn man eine einfache Liste führt ohne grossen Aufwand, wie das andere auch können, auch wenn man noch nicht so lange hier lebt oder sich einen Überblick verschaffen möchte, dann sagt dies schon viel aus, ohne dass man im Detail weiss, wer was macht oder wo mitmacht. Im Sinne der heutigen Transparenz ist es eine Sache von Notwendigkeit.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich studiere die ganze Zeit daran herum, was es dann ändern wird. Wer weiss denn, ob jemand alles schreibt und ob dies dann wirklich die Wahrheit ist? Steht da jemand hinten dran und schaut ihm über die Schulter? Wer weiss denn, ob sich am Schluss etwas ändert als am Status quo. Ich weiss nicht, weshalb das nötig ist.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ich meine immer noch, dass das persönliche Gespräch gut ist. Ein Telefon an den betreffenden Einwohnerrat oder wenn er gegenüber steht, dann weiss man, ob es stimmt, was er gesagt hat.

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Abstimmung über das Verfahrenspostulat. Wer ist für Nichtüberweisung des Verfahrenspostulats?

://:

Das Verfahrenspostulat wird mit 27 zu 8 Stimmen und 0 Enthaltungen nicht überwiesen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wir wird jetzt das im Protokoll vermerkt? Eigentlich ist das angenommen worden. Die Abstimmung wurde angenommen. Die Frage war, wer für Nichtüberweisung ist. Das ist eine Mehrheit. Somit wurde die Abstimmung angenommen. Die Fragestellung war falsch. Die Empfehlung des Büros war Nichtentgegennahme und mein Antrag war, dass man es überweist. Somit müsste man die Frage stellen, wer für die Überweisung ist, und dann wäre es eine Ablehnung. Jetzt war die Frage, wer für Nichtentgegennahme ist. Somit wurde die Abstimmung gewonnen.

Rolf Adam: Nein, Herr Studer, es ist Nichtentgegennahme.

640 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Motion von Josua M. Studer, SD, vom 20.06.2011, betreffend
Wegweiser zu den Partnerstädten
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 4012

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wenn man gesehen hat, was hier eingegeben wurde für Kultur und Zeugs und Sachen, dann gehe ich schwer davon aus, dass wir heute nicht gross darüber diskutieren müssen und dass dies anstandslos überwiesen wird.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Es braucht Mut, heute Josua etwas zu sagen, ich mache es trotzdem. Es ist nicht einfach, aber der Gemeinderat ist nicht für die Entgegennahme der Motion. Grundsätzlich wird der Dorfkern neu gestaltet werden und man kann es allenfalls dann ins Auge fassen. Zum jetzigen Zeitpunkt fanden wir nein.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Ich mache dir jetzt eine Freude, Josua. Bei der SP/EVP-Fraktion rennst du offene Türen ein mit dieser Motion. Ich persönlich musste schmunzeln, als ich sie gelesen habe. Ich erinnere mich an die Budgetdebatte, wo du keinen roten Rappen für die Partnerstädte locker machen wolltest. Darum freut es mich sehr, dass du heute sogar eine Motion machst, damit wir Wegweiser machen für die Partnerstädte. Es ist noch nicht so lange her, da hast du mir vor dem Coop gesagt, dass man auch klüger werden kann. Ich gebe dir jetzt diesen Steilpass zurück. Die einzige Einschränkung, die wir haben, ist, dass der Wegweiser nicht am Dorfplatz sein müsste. Dort haben wir bereits einen Wildwuchs mit Wegweisern, Busstation etc. Es ist dort sehr unübersichtlich. Wir fänden den Standort vor der Gemeindeverwaltung sehr viel besser. Wenn du dich damit zufrieden geben könntest, dann wären wir sonst dafür.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Jetzt muss ich natürlich eine Anpassung machen. Es gibt die Anfrage an mich, ob ich bereit wäre, dies bei der Gemeinde zu machen. Man kann es auch umwandeln in ein Postulat, damit der Gemeinderat eine Baukommission, oder was ihr wollt, einsetzen kann, die abklären soll, wo der ideale Standort ist. Ich habe Dorf geschrieben, weil das Dorf der Mittelpunkt in Allschwil ist. Was das anbelangt, dass ich vor Jahren gegen die Kosten gesprochen habe, da muss man klar sagen, da ging es immer um das Warum. Wir hatten keinen Nutzen und ihr habt dies immer klar abgelehnt, bis auf ein Mal. Demokratie heisst, dass man akzeptieren muss, was bestimmt wird und dann auch demokratisch handeln. Etwas, das beschlossen wurde, muss man auch weiter verfolgen. Wenn schon, denn schon.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Hervorragend, Josua. Für das Postulat sind wir, das ist gut. Wir werden eine Lösung finden.

Cedric Roos, Präsident: Habe ich es richtig verstanden, dass es umgewandelt wurde? Gut, wir haben ein Postulat und stimmen über die Entgegennahme ab. Der Gemeinderat nimmt es entgegen, damit ist es überwiesen.

641 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 22.06.2011,
betreffend Solarkataster für die Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4015

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Die Region Basel ist die Sonnenstube der Schweiz. Das soll und muss genutzt werden. Wir können uns da die Stadt Basel zum Vorbild nehmen. Sie stellt seit Dezember 2011 der Bevölkerung einen Kataster zur Verfügung. Wir möchten keine AKW, also müssen wir eine Alternative finden, ansonsten geht uns bald das Licht aus. Ein Solarkataster ist ein sinnvolles Instrument, um die Alternativen zu fördern. Ich habe von der GIS-Fachstelle für Geodaten in Erfahrung gebracht, dass der Kanton ein flächendeckendes Laserscanning und Solarkataster plant. In welchem Ausmass ist mir unbekannt. Genau das bitte ich den Gemeinderat zu prüfen. Um das Kataster uns Allschwilern freigängig zugänglich zu machen, bitte ich Sie dieses Postulat zu überweisen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, dieses Postulat nicht zu überweisen. Nicht, weil der Gemeinderat AKW befürwortet oder etwas gegen Solarkataster hat, aber es gibt ein paar grundsätzliche Sachen, die man bedenken muss bei Überweisung von einem solchen Postulat. Ich habe mich schlau gemacht und habe geschaut, welche Städte ein Solarkataster haben. Ich wurde fündig bei St. Gallen. Herr Lochmann hat gesagt, dass die Gemeinde Treytorrens im Kanton Waadt ein Solarkataster hat. Ich bin auch bei unseren Nachbarn in Lörrach fündig geworden. Die haben einen

siebenseitigen Leitfaden, Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach. Da sind acht verschiedene Punkte, um was es überhaupt geht. Punkt 1, Umgebung, Situation vor Ort, bis zu Punkt 8, Inbetriebnahme und Betrieb der Anlage. Was das Solarkataster macht, ist nichts anderes als vor Ihr Haus stehen und an einem sonnigen Tag hinaufschauen, welche Dächer beschienen werden und welche nicht. Das wird auf einem Solarkataster abgebildet. Der Gemeinderat hat darüber beraten und fand, dass es ein schönes Spielzeug ist. Da kann man schauen, was mit seinem Dach los ist. Aber man kommt nicht darum herum, mit einem Fachmann, einem Planer, einem Installateur vor Ort zu schauen, was machbar ist und ob es rentiert. Das andere ist viel Geld. Für die Gemeinde Allschwil würde es zwischen CHF 10'000 und CHF 45'000 kosten, damit wir auf der Website eine Seite haben, wo man jedes Haus anklicken kann. Das finden wir viel Geld. Bei der Firma Renewabels-Now, die das anbietet, sie hat auch die Stadt St. Gallen und die Gemeinde Treytorrens beraten, steht folgender Absatz in den Geschäftsbedingungen. Das Solarkataster ist eine Solarpotential-Analyse. Die Renewabels-Now AG übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben und deren Folgen. Dieses Solarkataster ersetzt keine Beratung durch einen Fachmann (Photovoltaik, Solarthermie). Alle Zahlen sind grobe Schätzungen und Orientierungswerte. Die möglichen Einnahmen sind nicht exakt nach dem Schema der Energieverordnung berechnet. Darum möchte ich Sie bitten, diesem Postulat nicht zuzustimmen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben uns mit diesem Postulat ausführlich auseinandergesetzt und wir teilen die Meinung des Gemeinderates. Wir meinen, dass die Sonne auch ohne den Solarkataster scheint. Wir meinen auch, dass jeder Hauseigentümer selber herausfinden kann, wie stark oder wie wenig stark die Sonne auf sein Dach scheint. Wir sind darum der Auffassung, dass ein Solarkataster letztendlich nicht sehr viel bringt und eine reine Geldverschwendung wäre. Aber wir möchten auch klar festhalten, dass wir grundsätzlich für Sonnenenergie sind. Den Solarkataster braucht es dafür nicht zwingend.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Herr Lochmann hat es bereits erwähnt, Basel-Stadt hat es kürzlich eingeführt. Ich habe mich selber davon überzeugt auf der Website, dass es eine sehr nützliche Sache ist. Man sieht auf einen Blick, ob es geeignet ist für Photovoltaik oder für thermische Solaranlagen. Man sieht auch auf einen Blick, ob die Häuser unter Denkmalschutz stehen, und ob es überhaupt zulässig ist. Ich glaube, dass wir für wenig Geld einen sehr hohen Informationsgehalt hätten. Damit könnte man viele Leute überzeugen, wenigstens weitere Prüfungen vorzunehmen und allenfalls tatsächlich etwas aufs Dach zu stellen. Wir sehen einen hohen Nutzen, ein gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis. Es wäre lohnenswert, dass man dem nachgeht und dass man bei Basel-Stadt abklärt, was ihre genauen Erfahrungswerte sind. Ich mache beliebt, dies zu überweisen.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Wir möchten dieses Postulat unterstützen. Man kann sich mit dem Solarkataster sehr gut informieren und es ist ein sehr niederschwelliges Angebot. Christoph Morat, ich verstehe auch deine Argumentation, aber ich finde, dass es bei einem solchen Thema gut ist, wenn es niederschwellig ist. Man kann nicht für alles und jedes, wenn man etwas ändern möchte am Haus, einen Fachmann beiziehen. Da ist man noch froh, wenn man kurz und niederschwellig auf einer Website nachschauen kann, ob es sich lohnt, einen Fachmann beizuziehen. Wir unterstützen dieses Postulat.

Thomas Möller, SP/EVP-Fraktion: Die SP stellt fest, dass das Datum von diesem Postulat nicht ganz zufällig gewählt ist. Am 11. März ist Fukushima passiert und am 21., nachdem die FDP prominent in der Presse gehandelt wurde, wurde die Eingabe gemacht. Andreas Bammatter von der SP hatte 2009 ein ähnliches Anliegen. Wir haben bis jetzt noch keine Resultate. Der gesunde Menschenverstand kann beurteilen, ob es einen Fachmann braucht, vielleicht hilft das noch. Wir sind nicht der Meinung, dass ein Weblink, wie es von Herrn Lochmann dargestellt wurde, ein grosser Nutzen sein wird und werden dagegen sein, auch aus der Tatsache heraus, dass wir dies schon früher verlangt haben und nichts passiert ist.

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Es wundert mich, dass die SP gegen dieses Postulat ist. Ich habe das Gefühl, dass wir ziemlich nahe bei Basel sind. In Basel funktioniert es, da sind sie anderer Meinung. Wenn die SP mit diesem Vorschlag gekommen wäre, dann wären Sie wahrscheinlich alle zusammen Feuer und Flamme. Es ist jetzt etwas von der FDP und darum ist man jetzt dagegen. Meine Meinung hier ist nicht die gleiche wie in der FDP Bern im Bundeshaus. Ich habe meine eigene Meinung und die vertrete ich hier. Deshalb bitte ich Sie, dies nochmals zu überdenken und zu unterstützen.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: Wir sollten im Sinne vom Volk agieren und nicht auf vergangenen Problemen abstützen, von denen Neue nicht mal etwas davon wissen, um einen Entscheid zu fällen. Wir wurden gewählt, damit wir im Sinne des Volkes agieren sollten.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Es spielt keine Rolle, wie lange man in diesem Rat ist. Es ist ein Postulat, das von mir eingereicht wurde, welches 2010 überwiesen wurde. Solardächer jetzt. Wir denken, das ist ein Grund, weshalb man nicht nochmals nachdoppeln muss. Der Gemeinderat wird sicher zu gegebener Zeit eine Antwort geben. Man kann dies auf der Website herunterladen, wie auch unsere Protokolle, inklusive eingereichte Traktanden.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Wenn man den EVP-lern immer schon Linke sagt, dann möchte ich hier etwas sagen. Meine Beweggründe sind bürgerlicher Natur. Ich überlege, ob sich der Aufwand lohnt und wie viel Nutzen wir haben. Wenn ich vor ein Haus stehe oder sogar drin wohne und weiss, wo es regelmässig im Sommer heisst wird, dann kann ich sagen, ob man das Dach anschauen soll, um es für Solarthermie oder Photovoltaik zu brauchen. Das Anliegen an sich finde ich gut, aber es geht auch hier um Scheingenaugigkeit. Es ist eine Information, die ein bisschen etwas aussagt. Aber eigentlich weiss ich auch so, dass das Dach heiss wird. Ich muss zu einem Fachmann, denn geplant muss es sowieso werden. Es ist eine bürgerliche Überlegung, weil ich denke, dass es dies nicht braucht. Vielleicht habe ich Unrecht, ich bin auch nicht Feuer und Flamme dagegen, aber ich brenne nicht dafür.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Jetzt geht es um etwas konkretes. Es geht um die Niederschwelligkeit, damit man schnell schauen kann. Es gibt Dächer, da ist es keine Diskussion, da sieht es jeder. Aber es gibt viele Dächer, wo dies nicht so ist, und dann kann man schnell nachschauen. Der einzelne Hausbesitzer kann schauen, wo sein Dach in etwa steht. Das ist eine Motivation, damit man weitermacht und schnell an den Photovoltaikanlagen baut.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Postulat wird mit 26 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht überwiesen.

PAUSE

Cedric Roos, Präsident: Wir fahren mit der Sitzung weiter und starten mit dem Infofenster des Gemeinderates.

INFO-FENSTER

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Infos geben zum Tageskindergarten. Der Einwohnerrat hat am 17. Mai 2006 der Einführung eines Tageskindergartens und der Übernahme der damit verbundenen Kosten während der Pilotphase von drei Jahren zugestimmt. Dem Antrag der CVP-Fraktion betreffend der Berichterstattung, Unterbreitung des weiteren Vorgehens an den Einwohnerrat vor Ablauf der dreijährigen Pilotphase, wurde zugestimmt und somit nehme ich das wahr. Der Betrieb wurde im August 2009 aufgenommen. Der Tageskindergarten ist heute im dritten Betriebsjahr. Die Nachfrage, respektive der Bedarf an Tageskindergartenplätzen ist sehr gross. Durch den Unterricht in altersgemischten Gruppen, wie er in allen übrigen Kindergärten stattfindet, können pro Schuljahr im Durchschnitt nur 11 Kinder aufgenommen werden. Seit dem zweiten Betriebsjahr gibt es eine Warteliste. Es können nicht alle interessierten Kinder aufgenommen werden. In Zusammenhang mit

der Planung „Unser neues Schulhaus“ haben wir die Entwicklung der Schülerzahlen angeschaut. Da wurden die weiteren notwendigen Kindergartenplätze berechnet. Der Gemeinderat hat eine entsprechende Kindergartenstrategie verabschiedet, welche wir nachher noch vorstellen. Der Tageskindergarten ist seit Beginn in den Räumlichkeiten des Doppelkindergartens Rankacker an der Feldstrasse. Mit einer Belegung von 22 Kindern ist der Platz bereits heute knapp. Die Tagesschule auf Primarstufe ist seit August 2011 ein Angebot. Dort stehen jeweils 22 Plätze pro Klasse zur Verfügung. Darum soll analog der Tageskindergarten auf zwei Abteilungen ausgebaut werden. Den Tageskindergarten, der immer mit 11 Kindern endet, möchten wir auf 22 Kinder ausbauen, die dann direkt in die Tagesschule weiter können. Dies ist das Bedürfnis der Eltern, die die Kinder im Tageskindergarten haben. Der Ausbau auf zwei Abteilungen im bisherigen Tageskindergarten Rankacker ist aus räumlichen Gründen nicht möglich. Darum soll ein Neubau an einem neuen Standort geplant werden. Dadurch kann der optimal gelegene Doppelkindergarten Rankacker wieder für Quartierkinder zur Verfügung stehen. Zurzeit wird der entsprechende Bericht für den Einwohnerrat erarbeitet. Es wird aufgezeigt: Die Weiterführung des Tageskindergartens in ein definitives Angebot. Der Ausbau auf zwei Abteilungen. Der Neubau eines Doppel-Tageskindergartens an einem anderen Standort. Die Einführung von einkommensabhängigen Tarifen analog der Tagesschule. Die mögliche Realisierung, Standort, Grösse und Bedürfnis werden abgeklärt. Planungskosten. Der Terminplan für diesen Bericht sieht so aus: Die Verabschiedung des Berichts an den Einwohnerrat im Gemeinderat wird im März stattfinden. Anschliessend gibt es eine Beratung in der Verkehrs- und Planungskommission und nachher sollte die Beratung und die Beschlussfassung im Einwohnerrat im Juni 2012 stattfinden. Das sind die Informationen zum Tageskindergarten, an dem wir alle eine grosse Freude haben. Die Eltern geniessen es, die Kinder geniessen es und auch die Mitarbeitenden haben sich mittlerweile alle zusammengefunden. Es brauchte eine Zeit, bis jeder wusste, was seine Arbeit und sein Platz ist. Jetzt ist es eine ganz tolle Sache geworden. Wie vorhin gesagt, möchten wir vom Gemeinderat die Strategie der Kindergärten Ihnen mitteilen.

Ausgelöst wurde die Kindergartenstrategie, die der Gemeinderat ergreifen musste, durch die Schülerprognose. Man hat den Bedarf erkannt. Daraufhin haben wir ein Monitoring aufgebaut, das heisst die Erhebung der effektiven Zahlen. Wir haben bis Ende Juni 2011 jedes mögliche Kind und jedes Buschi, das bis Ende Juni auf die Welt gekommen ist, gezählt, das möglicherweise bei uns in den Kindergarten kommen wird. Wir haben dann mit der Schulleitung zusammen eine Strategie entwickelt, das heisst einen Masterplan, mit dem Ziel, rechtzeitig genügend Kindergartenplätze zur Verfügung zu haben, inklusive der Ausbau des Tageskindergartens. Ich möchte Ihnen gerne die effektiven Zahlen zeigen. Für das Monitoring haben wir Allschwil in drei Einzugsgebiete eingeteilt. Das Grüne ist das Einzugsgebiet Dorf, dort werden wir bis ins Jahr 2015 zusätzlich 29 Kinder haben. Im Einzugsgebiet Baslerstrasse werden wir zusätzlich 13 Kinder haben, und im roten Einzugsgebiet Baslerstrasse Süd werden es 83 Kinder mehr sein. Dazu müssen wir einrechnen, dass wir durch die Harnos-Einführung, 6. Primarjahr, mehr Platz brauchen. Dann kommt die Verschiebung der Einschulung dazu, die Kinder gehen bis 2015 früher in den Kindergarten. Die Einschulung wird pro Jahr um zwei Wochen vorverschoben, das ergibt eine grössere Kinderzahl. Weil Harnos eingeführt wird und wir die 6. Primarklasse haben werden, brauchen wir mehr Platz und werden darum sämtliche Kindergärten aus den Schulhäusern rausnehmen. Alles in allem ergibt sich die Notwendigkeit von Neubauten für Kindergärten. Christoph Morat wird Ihnen vorstellen, wie der Gemeinderat plant, diese Kindergärten zu bauen, damit wir im Jahr 2015 genügend Plätze anbieten können.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat bereits eine Medienmitteilung verfasst und hat dies ans AWB geschickt. Das AWB ist Exklusiv-Besitzer einer Medienmitteilung. Damit Sie das nicht morgen oder übermorgen aus der Zeitung erfahren müssen, möchten wir den Einwohnerrat im Rahmen des Infofensters darauf vorbereiten, was in der Zeitung stehen wird. Die Ausgangslage hat Franziska Pausa bereits geschildert. Wir haben einen starken Bevölkerungs- und damit auch Kinderzuwachs. Wir haben eine kontinuierliche Einführung von Harnos bis ins Schuljahr 2015/2016 und wir haben ein paar Schulhäuser, die einigermaßen in die Jahre gekommen sind und wo Sanierungsbedarf da ist. Die Massnahme ist ein neues Schulhaus, das wissen Sie alle, auf dem Gartenhof. Das soll im Sommer 2016 bezugsbereit sein. Da sind wir kräftig daran. Wir haben eine Anpassung der Kindergarten- und Schulinfrastruktur vorgesehen. Wir brauchen mehr Kindergärten. Diese Zahlen waren sehr eindrücklich, die Franziska Ihnen vorher hier gezeigt hat. Der Gemeinderat hat ja gesagt zum Masterplan und zur Realisierung von zusätzlichen Kindergartenabteilungen in den drei Einzugsgebieten. Südlich von der Baslerstrasse, das ist der Teil, wo am meisten Kinder generiert werden, das ist vor allem das Gebiet Ziegelei, wo mehr Kinder einen Kindergartenplatz brauchen werden. Dort wird es vier neue Kindergartenabteilungen geben. Es gibt einen Doppelkindergarten im Ziegelei-Areal. Der Tageskindergarten Rankacker wird auf Sommer 2014 ein Doppel-Kindergarten. Die Doppel-Kindergärten Theresien und Langenhag bleiben bestehen. Neu haben wir uns im Quartierplan eingemietet, das ist

beim Allschwiler Weiher oben, wo einmal eine Galerie drin war. Früher war das mal ein Kindergarten, daran kann ich mich lebhaft erinnern, ich bin selber in diesen Kindergarten gegangen. Dieser Kindergarten wird wieder aktiviert. So können wir die Kinder südlich der Baslerstrasse abfangen. Für den Tages-Kindergarten wird ein neuer Standort evaluiert, das kann ich Ihnen heute bereits sagen. Favorit ist das Sturzenegger-Areal. Nördlich von der Baslerstrasse ist ein Doppel-Kindergarten, Sandweg, bis im Sommer 2013 als Ersatz für die zwei Kindergarten-Abteilungen im Schulzentrum Neuallswil. Dann werden wir den Doppel-Kindergarten Metzgersmatten modernisieren. Während der Bauzeit können die Kinder in den Kindergarten Sandweg gehen. Der Doppel-Kindergarten Schlappematten bleibt vorläufig so bestehen, dort gibt es keinen dringenden Handlungsbedarf. Im Einzugsgebiet Dorf wird der Kindergarten Dorf um eine zweite Abteilung erweitert. Die entsprechenden Verträge sind wir mit dem katholischen Frauenverein am ausarbeiten. Der Kindergarten Pastorenweg bleibt bestehen. Der Doppel-Kindergarten Pestalozzi wird ab 2014/2015 durch einen neuen Dreifach-Kindergarten ersetzt. Während der Bauzeit gibt es ein Provisorium auf dem Areal Hinterland Bruckerhaus. Wir werden zwei zusätzliche Abteilungen so schaffen, damit wir im Schulhaus Schönenbuchstrasse Platz schaffen können, um Harnos umzusetzen. Wir werden in der nächsten Zeit mit einigen Sondervorlagen an Sie herantreten. Das, was wir alles nicht ins Budget vom nächsten Jahr einstellen, wird mit einer Sondervorlage hier kommen. Wir werden zu gegebener Zeit die einzelnen Sachen ein bisschen genauer vorstellen. Uns war es vor allem wichtig, dass Sie heute Abend Informationen aus erster Hand haben, und Sie nicht der Zeitung entnehmen müssen, was hier los ist und was wir machen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es eine Frage aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Hat der Gemeinderat weitere Informationen? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Fragestunde.

FRAGESTUNDE

Cedric Roos, Präsident: Die Fragen liegen für die Einwohnerräte auf. Ich bitte die Gemeinderäte immer kurz zu skizzieren, um was es geht, damit auch das Publikum weiss, worum es geht. Wir kommen zur Frage 1.

Christoph Morat, Gemeinderat: Gabi Huschke hat die Frage nach dem weissen Zeltdach über dem Reitplatz beim Spitzwald gestellt. Wir reden hier vom Flachen Acker, das ist eine Privatperson, die dort ein Zelt aufgestellt hat ohne Baubewilligung. Ich kann Ihnen kurz einen chronologischen Ablauf aufzeigen, was bisher passiert ist. Am 4. Januar 2010 hat das Bauinspektorat die Entfernung des Bogenzeltes verlangt bis am 31. März 2010. Am 11. März 2010 hat der Dienststellenleiter vom Bauinspektorat die Entfernungsfrist für das Bogenzelt bis am 30. Juni verlängert. Am 12. August 2010 hat das Bauinspektorat schriftlich den Abbruch des Bogenzeltes verfügt bis am 31. Dezember. Am 24. September hat der Grundeigentümer Rekurs gegen die Abbruchverfügung eingeleitet bei der Baurekurskommission. Er hat gegen den Entscheid des Bauinspektorats Rekurs eingegeben. Am 21. Oktober gab der Gemeinderat Allschwil eine schriftliche Vernehmlassung an die Baurekurskommission, in der wir die Abbruchverfügung des Bauinspektorats unterstützt haben. Am 31. Mai 2011 gab es einen Vorort-Augenschein der Baurekurskommission mit allen Beteiligten. Dann mussten wir warten bis am 19. Dezember, da kam das Urteil der Baurekurskommission und die hat die Beschwerde der Grundeigentümerschaft vollumfänglich abgewiesen. Der Gemeinderat und das Bauinspektorat haben vollumfänglich recht erhalten. Die Grundeigentümerschaft hat jetzt nochmals eine Frist erhalten für die Entfernung des Bogenzeltes. Es muss definitiv am 30. Juni 2013 weg sein. So lange bleibt das Zelt stehen. Das ist unser Rechtsstaat. Der Gemeinderat Allschwil hat sich, als er das Urteil gehört hat, überlegt, ob er Rekurs eingeben soll. Wenn wir einen Rekurs eingegeben hätten, dann wäre dies vor Kantonsgericht gekommen und wir wären ungefähr im gleichen Zeitrahmen gelandet. Ein Rekurs hätte an der Tatsache nichts geändert. Bis heute ist kein Rekurs oder keine Beschwerde gegen dieses Urteil der Baurekurskommission von Seiten Grundeigentümerschaft gekommen, so dass wir am 30. Juni 2013 das Zelt nicht mehr in Allschwil stehen haben werden. Dieser Entscheid wurde gefällt, er wurde nicht angefochten und jetzt ist es so, dass es halt leider noch so lange da steht. Ist die Frage so beantwortet?

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich bin froh, ist dieser Entscheid so. Ich staune natürlich sehr ab dem Datum 2013. Wie kann das sein? Sind unsere Gesetze so, dass dies möglich ist? Ich habe für mein Velodach, das man fast nicht sieht, es ist 1,50 Meter gross, eine Eingabe machen müssen. Dieses Ding

ist 11 Meter hoch und er darf es noch 1,5 Jahre dort stehen, das finde ich schon schräg. Aber ich bin froh, dass es dann weg ist.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich habe eine Zusatzfrage. Was ist so wahnsinnig an diesem Thema, sodass wir dies zum wiederholten Male in der Fragestunde behandeln?

Cedric Roos, Präsident: Gibt es dazu eine Replik? Das ist nicht der Fall.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich bin ziemlich zäh an dieser Sache dran geblieben, weil ich es unglaublich finde, dass sich jemand traut, so etwas auf sein Privateigentum zu stellen, 11 Meter hoch, und nicht fragt, ob er dies darf. Darum bin ich drangeblieben und ich fand, dies ist nicht nach unseren Rechten. Das ist vielleicht etwas auf meinem Mist gewachsen, dass es so ausgebreitet hierher kam.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es handelt sich schlicht und ergreifend um Bauen ohne Bewilligung. Das wird geahndet, wir haben einen Rechtsstaat. Der Rechtsstaat ist dem nachgegangen. Wieso die Baurekurskommission so entschieden hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Ich nehme an, es liegt daran, dass es ein Unternehmer ist, der auch eine gewisse Zeit braucht, bis er das Zelt verkaufen kann. Das entzieht sich unserer Kenntnis und ich möchte darüber keinen Kommentar verlieren.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Gabi Huschke, ich bin froh, dass du dem nachgegangen bist, ich unterstütze dein Anliegen voll und ganz.

Cedric Roos, Präsident: .Wir kommen zur zweiten Frage.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die zweite Frage von Gabi Huschke zielt auf WC-Anlagen für die Öffentlichkeit. Der Einwohnerrat hat ein Postulat überwiesen, wo er dem Gemeinderat den Auftrag gegeben hat mit Restaurant-Betreiber, mit Wirten im Dorf, aber auch am Lindenplatz oder an anderen Orten zu überprüfen, ob eine öffentliche Nutzung ohne Konsumationszwang möglich ist, analog einem Beispiel unserer Partnergemeinde Pfullendorf. Wir haben bereits einen Vertrag abgeschlossen mit der Pächterschaft vom Restaurant Jägerstübli. Dummerweise kam es dort zu einem Pächterwechsel. Der neue Pächter ist nicht so erfreut über das Öffentlichmachen seiner Toilette, er möchte das lieber nicht. Wir haben beim Restaurant Elsässerhof nachgefragt und im Restaurant Rössli. Das waren keine zufriedenstellende Verhandlungen für den Gemeinderat. Jetzt sind wir mit dem Landhüsli dran, dort zeichnet sich ein Pächterwechsel ab. Man kann dort mit dem neuen Pächter einen neuen Anlauf nehmen, sodass wir im Dorf ein WC haben, wo man einfach hin kann, ohne dass man etwas konsumieren muss. Am Lindenplatz sind wir noch dran, dort harzt es mit den Wirten. Die wissen nicht so recht, auf was sie sich da einlassen und ob sie sich darauf einlassen sollen. Wir bleiben weiterhin dran und versuchen zu reüssieren und werden berichten, wenn es so weit ist. Leider habe ich keine besseren Neuigkeiten.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Danke für diese Antwort. Ich hoffe sehr, dass etwas kommt. Ich möchte nochmals sagen, dass auch im Alterskonzept steht, dass die Gemeinde den Auftrag hat, öffentliche WC zur Verfügung zu stellen. Irgendwann muss man eine Frist setzen, das geht dann vielleicht die Alterskommission an, bis wann wir das zur Verfügung stellen. Ich hoffe, dass es auch auf diesem Weg noch ein bisschen Druck gibt.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 3.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ausgangslage von dieser Frage war eine Petition, die verlangt hat, dass der Lindenplatz postalisch versorgt wird, um dies neutral auszudrücken. Zurzeit haben wir eine Hauptpost in Allschwil plus eine Poststelle im Dorf. Die Idee wäre, dass wir am Lindenplatz eine Postagentur im Minimum hätten. Die Aussage der Post war klar: Das gibt es nicht. Die Hauptpost bleibt, aber die Post im Dorf muss von einer Poststelle auf eine Agentur heruntergestuft werden, wenn wir am

Lindenplatz eine Postagentur möchten. Das ist die Situation. Der Gemeinderat hat sich mit diesem Thema auseinandergesetzt und gesagt, bevor wir einen solchen schwerwiegenden Entscheid fällen, möchten wir schauen, ob die Machbarkeit gegeben ist. Die Post hat diese Prüfung gemacht und ist jetzt in Diskussion darüber. Zurzeit kann ich sagen, dass grundsätzlich vom Lindenplatz und vom Dorfplatz positive Signale kommen, dass je ein privater Anbieter, also ein Geschäft, eine solche Postagentur führen könnte. Es sind noch nicht alle Details geklärt, aber es sieht aus, als ob das möglich wird. Dann stehen wir vor der Frage, ob man die Poststelle Dorf herabstuft auf eine Postagentur und der Lindenplatz würde damit dann auch eine Postagentur erhalten.

Cedric Roos, Präsident: Gibt es Anschlussfragen?

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe eine kurze Anschlussfrage an Gemeindepräsident Lauber. Ich weiss, dass es zwei verschiedene Varianten von Agenturen gibt. Solche, wo man Einzahlungen machen kann und solche, wo dies nicht möglich ist. Wurde mit der Post bereits darüber geredet, welche Agenturen vorgesehen sind?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir sind eine Agentur anschauen gegangen in Bättwil, dort waren Einzahlungen möglich. Wir möchten grundsätzlich Brief- und Paketpost erledigen und auch Einzahlungen. Dort muss man aber aufpassen, denn dies ist meistens nur auf elektronischem Weg möglich. Für diejenigen, die mit dem ganz normalen Einzahlungsschein kommen, dies betrifft meistens die älteren Leute, die elektronisch noch nicht so bewandert sind, wird es schwierig werden. Es wird ohnehin eine elektronische Lösung geben. Man muss ein Kärtchen haben.

Kathrin Gürtler, Präsident: Am Wasenboden gibt es eine Postagentur und dort ist es auch mit Kärtchen nicht möglich. Dies einfach zur Information an den Gemeinderat.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Danke, die Meinung ist die, dass man das kann.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 4.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Hans-Peter Tschui hat die Frage gestellt, wie wir das Abstimmungs- und Wahlprozedere durchführen möchten in der Gemeinde Allschwil. Es war vor allem eine Frage mit Blick auf die Masse. Es sind bundesrechtliche Abstimmungen, kantonale und auch noch kommunale Abstimmungen. Die Frage war, ob wir nicht in die Gefahr laufen, wenn ein so dickes Couvert nach Hause kommt, dass der eine oder andere dieses Couvert wegschmeisst und damit auch die Wahlunterlagen vernichtet, sodass wir eine sehr kleine Wahlbeteiligung haben. Oder, wenn man allzu viel Post zu Hause hat, dass dies die Lust reduziert, mitzuwirken, nebst dem, dass das Handling kompliziert ist. Wir haben grundsätzlich abgeklärt, ob es möglich wäre, dass wir zwei Stimmrechtsausweise verschicken können. Wir haben ein Nein erhalten, es ist nicht möglich, dass man zwei Stimmrechtsausweise verschickt, einen für die Wahlen und einen für die Abstimmungen. Wir haben in der Gemeinde Allschwil bereits einen getrennten Versand. Mit einem Couvert kommt das Propagandamaterial und mit einem anderen Couvert kommen die Unterlagen für die Wahlen und für die Abstimmungen. Wir werden alles in ein Couvert packen müssen. Wir haben es getestet. Von der Grösse vom Couvert her ist es machbar. Aber es ist klar, dass dann viele Zettel in diesem Couvert liegen, die man dann sortieren muss. Grundsätzlich gibt es keine andere Möglichkeit, um das Handling zu vereinfachen.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 5. Frau Weber möchte wissen, wann ihre kleine Anfrage beantwortet wird. Diese liegt schriftlich auf. Ist die Frage damit beantwortet? Wunderbar. Dann kommen wir zur Frage 6.

Christoph Morat, Gemeinderat: Andreas Bitterli möchte etwas wissen im Zusammenhang mit dem Wettbewerb für das neue Schulhaus: Es geht hier um den Bereich Energie und Innenraum, Thema Schadstoff. Warum wurde diesen Themen im Wettbewerb nicht mehr Beachtung geschenkt oder

verbindliche Aussagen gefordert? Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten oder ist er Willens bei der Weiterbearbeitung des Siegerprojekts diese Themen nachträglich vertieft zu bearbeiten und sich entsprechend einzubringen? Selbstverständlich sehen wir diese Möglichkeit, dass wir uns vertieft einbringen. Wir haben einen Wettbewerb lanciert nach SIA-Normen. In diesem Wettbewerb haben wir in verschiedenen Punkten auf die Nachhaltigkeit und auf Minergiestandards hingewiesen. Wir haben klar und deutlich gefordert, dass es eine Komfort-Lüftung gibt, also eine automatische Belüftung für das ganze Haus. Wir haben gefordert, dass der Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird. Der Gemeinderat hat bei der Fragenbeantwortung an der letzten Gemeinderatssitzung von letzter Woche beschlossen, dass wir den Minergie-P-Standard als verbindlich erklären. Das wurde allen Architekten, die am Wettbewerb teilnehmen, zugestellt in der Fragenbeantwortung. Der gesamte Schulhauskomplex soll nach dem Minergiestandard konzipiert werden, das steht jetzt schon in Punkt 6.7, Minergie: Zur Erreichung dieses Zieles sind bereits im Entwurfstadium folgende Punkte zu beachten: Gutes Verhältnis von Gebäudeoberfläche zu Volumen und die kontrollierte Lüftung mit Wärmerückgewinnung. Unter Punkt 6.8, Belichtung und Besonnung. Vor wenigen Jahrzehnten hat man einer guten Besonnung eines Klassenzimmers eine hohe Bedeutung beigemessen. Diese Qualität kann unter Umständen vor allem in der warmen Jahreszeit ein Nachteil sein. Da sind Architekten angehalten, die Sonneneinstrahlung während des Tages zu verhindern mit einer entsprechenden Beschattung, aber während der Nacht, wegen der guten Isolation, könnte es dann nicht mehr auskühlen. Das heisst, dass man gegen Blendung und Aufheizung etwas ergreifen muss. Wir sind mit einem Unternehmer daran, eine Pelletheizung einzuplanen und zwar als Fernwärme. Im Schulhaus Breite ist eine solche Anlage, die mehr oder weniger die Schulhäuser Breite, Lettenweg und Gartenhof beheizt mit einem Fernwärmesystem. Das gleiche soll für das neue Schulhaus Gartenhof gemacht werden und zwar mit einer Pelletheizung. Auch dort wird der Nachhaltigkeit, wie es Minergie verlangt, Rechnung getragen. Zu den Massstäben von nachhaltigem Bauen mit den Schadstoffen in den Innenräumen verweisen wir auf eine Website der Stadt Zürich. Das ist zwingend, dass sich die Architekten dort schlau machen. Dort kann man die ganzen Punkte nachlesen über die Neubauten, effizienten Elektrizitätseinsatz, erneuerbare Energien, Gesundheit und Baustoffe usw. bis zum Rückbau. Das ist alles vorgegeben und es steht so in den Wettbewerbsunterlagen drin. Momentan sind wir auf der Ebene eines Architekturwettbewerbs. Wenn diese nachbearbeitet und juriiert werden, dann wird sich die Jury zuerst mit den Themen auseinandersetzen und nachher wird sich der Gemeinderat mit dem Jury-Bericht befassen, diesen genehmigen und einen Vorschlag an Sie und dann ans Volk unterbreiten, welches Schulhaus wir bauen möchten.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Teilweise bin ich zufrieden, wie es aussieht, wurde das mit dem P-Standard jetzt aufgenommen. Es kam erst jetzt in den Wettbewerb. Alles, was nachträglich rein kommt, wird immer schwierig oder teilweise gar nicht mehr ausführbar. Ich war erstaunt, dass man diese Kriterien nicht von Anfang an reingenommen hat. Von der Energieseite her bin ich zufrieden. Von der Nachhaltigkeit her wird teilweise etwas erwähnt, es wird auf eine Website verwiesen, aber was heisst das. Alles, was nicht gefordert ist und was man nicht belegen kann, ist schwierig. Ich bin auch nicht nur ein Label-Fan, aber ein Label gibt eine gewisse Garantie, es hat einen gewissen Richtwert. Es gibt auf dieser Seite das Eco-Label, welches von der öffentlichen Hand entwickelt wurde und von der öffentlichen Hand betrieben wird. Es ist momentan das einzige, das eine gewisse Garantie gibt, im Sinne von Raumluft, Schadstoff. Wir reden hier von einem Schulhaus mit Primarschülern. Die Schadstoffe sind heute ein grosses Thema, immer noch, obwohl man das Gefühl hat, dies sei vorbei, aber das ist nicht so. Ich arbeite in diesem Metier, ich kenne die Architekten. Wenn man das ein bisschen offen lässt, es ist nice-to-have, schaut doch mal, es wäre schön, dann ist dies schlussendlich nicht einforderbar. Man kann es nicht belegen, gesetzlich gibt es fast keine Grundlagen mit Ausnahme der ganz schlimmen Stoffe wie Asbest. Heute kann man ein Haus bauen in der gesetzlichen Norm, das schadstoffreich ist. Es gibt keine Grenzwerte, die das bestimmen, dass man das nicht machen darf. Darum bitte ich, dass man dem auch Beachtung schenkt. Die Energie ist ein Teil, aber die Schadstoffe sind ein anderer Teil. Wir bauen ein sehr grosses Projekt für die Zukunft. Ich finde es schön, wenn die öffentliche Hand, die auch eine Vorreiterrolle hat, in dieser Richtung weiter geht. Kanton Basel-Stadt baut nur noch Minergie-P-Eco bei Neubauten. In Zürich ist dies schon länger so, dort gibt es nichts mehr anderes. Dort wird dies verlangt und es ist nicht nur ein "Schaut doch mal, dass...".

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 7.

Robert Vogt, Gemeinderat: Bei dieser Frage geht es um die kompostierbaren Beutel, die wir für unsere Grünabfuhr verwenden. Die Gemeinde hat evaluiert, wo man eine grössere Menge dieser Beutel einkaufen kann und der Bevölkerung auf der Gemeinde abgeben kann gegen Entschädigung. Das wird

ungefähr im März geliefert. Ab dann geben wir in den Medien bekannt, dass man diese Beutel auf der Gemeinde Allschwil beziehen kann zu günstigen Konditionen. An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass die Grünabfuhr sehr erfolgreich ist. Wir haben jetzt die Daten aus dem 2011 und wir haben klar eine Entlastung der Kehrrichtabfälle, und das ist der Sinn davon.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 8.

Christoph Morat, Gemeinderat: Jérôme Mollat spricht die thermischen Solaranlagen an. Du hast bereits ein Postulat eingegeben, welches wir aufgenommen haben. Wir haben auf dem Schulzentrum Neuallschwil Messungen gemacht. Das Resultat davon ist noch nicht hier. Wir haben auch in diesem Jahr nochmals einen kleinen Betrag dafür reserviert im Unterhaltsbudget, wo wir die ganzen Machbarkeitsstudien vervollständigen möchten. Wir denken, dass wir vor den Sommerferien 2012 einen Schlussbericht dem Einwohnerrat abgeben können, wo wir Bezug auf das weitere Vorgehen nehmen können, wie wir hier weiterfahren, ob es rentabel ist, dort eine Warmwasser-Erwärmungsanlage aufzustellen. Im Moment laufen die Abklärungen und sollten bis circa Mitte/Ende Februar fertig sein.

Jérôme Mollat: Ist ein Zwischenstand bereits erkennbar? Hat man konkrete Abklärungen vorgenommen bis jetzt?

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Investitionsgrobkostenschätzung hat ergeben, dass wir einen angenommenen Verbrauch Warmwasser Tagesbedarf von rund 6'000 Liter haben. Das ist ein sehr hoher Bedarf und das würde eine Grobkostenschätzung Investition geben von rund CHF 400'000. Das ist natürlich jenseits von gut und böse, das sind ungefähr 67 Jahre Amortisationszeit. Das ist beim besten Willen nicht tragbar. Deswegen haben wir gesagt, dass wir genauere Messungen machen müssen. Über die ganz genauen Messungen sind wir nicht im Bilde, da haben wir ein externes Ingenieurbüro damit beauftragt. Sie sind noch daran am Messen und Auswerten, wir wollten die kalte Jahreszeit noch länger mit reinnehmen, weil es da mehr braucht.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 9.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Sie haben in den Medien und im Fernsehen vernehmen können, dass wir intensive Diskussionen hatten mit dem Kanton zum Thema der neuen kontaminierten Stelle, um dies neutral auszudrücken. Ich darf sagen, dass diese Themen nun soweit bereinigt sind und man sich einig geworden ist. Die neu gefundene Deponie soll als Ganzes nach bestem Wissen und Gewissen saniert werden. Man führt jetzt Messungen durch. Das erste sind die Fische, uns wurde zugesichert, dass der Fischbestand geprüft wird und dass ein Resultat bis Ende Januar vorliegen soll. Das ist jetzt bald, am 12. Januar habe ich bereits etwas in der Zeitung gelesen zu diesem Thema. Ich hoffe, dass der Kanton die Gemeinde Allschwil noch direkt informieren wird. Der andere Aspekt ist die Frage der Sedimentsproben. Wie weit hat sich das HCH im Bachsediment abgesetzt. Da wurde uns gesagt, dass Proben gemacht werden, allerdings kommt es auf die Witterungsverhältnisse drauf an, wie stark fließt der Bach, wie viel Wasser ist vorhanden etc, um sinnvolle Sedimentsproben zu nehmen. Auch hier wurde uns zugesichert, dass uns diese Messungen bekannt gegeben werden, das wird bis Ende März der Fall sein. Das wird abhängig sein von den jeweiligen Wetterverhältnissen, ist es trocken oder feucht. Andi hat im Landrat auch nachgefragt und wird von der zuständigen Regierungsrätin konkretere Antworten erhalten.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 10.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe die Präambel gemacht an den Gemeinderat, dass ich die Frage zurückstelle, wenn ich eine Antwort habe bis vor der Sitzung. Ich möchte dem Gemeinderat für die Antwort danken. Es haben alle Parteien das Schreiben erhalten. Ich möchte auf zwei Fragen kurz zurückkommen. Ich möchte allen Parteivertretern an der Sitzung danken für den guten Abend. Vor der Sitzung habe ich allen Parteien die Papiere des Gemeinderates und der Verwaltung kopiert. Josi hat mich auf etwas hingewiesen. Wir haben ein Merkblatt erhalten von der interkantonalen Arbeitsgruppe,

Reklame im Strassenraum. Anscheinend gibt es ein konkretes Blatt von der Kantonspolizei Baselland. Ich frage den Gemeinderat an, ob sie jede Partei mit diesem Papier, das aktuell ist, von der Kantonspolizei Baselland zu Strassenreklamen beliefern. Wir sind sehr früh zusammengesessen, die Parteivertretungen, für diesen Anlass. Dieses Papier lag sehr lange auf der Verwaltung. Mich haben viele Parteivertreter angerufen und gefragt, ob ich eine Antwort habe. Auch die Presse hat mich gelöchert. Manchmal hatte ich den Eindruck, die Parteien denken, ich würde etwas unterschlagen. Das mache ich sicher nicht. Meine Frage an die Verwaltung und an den Gemeinderat ist, warum hat dies so lange gedauert, bis wir wussten, was in Sachen Reklame-Aushang geht. Wir sind alle schon über die Planung hinaus und am umsetzen. Ich finde es toll, dass der Gemeinderat neue offizielle Plakatstellen geschaffen hat. Die Parteien dürfen 12 Plakate liefern. Ich frage, was passiert, wenn ein paar Flächen leer bleiben? Bekommen das die anderen Parteien? Und falls ja, nach welchem Kriterium, Parteigrösse oder Anciennität des Präsidenten?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Die erste Frage zum Merkblatt. Es wird da festgestellt, dass bei dieser Ausführung der interkantonalen Arbeitsgruppe die Vermassung nicht drin ist. Inzwischen gibt es ein adaptiertes Merkblatt von der Polizei Basel-Landschaft, wo auch die Masse drin sind. Dort erfährt man, dass rund um den Kreisel in 10 Meter Abstand zum Strassenrand nicht plakatiert werden darf, also nicht nur im Kreisel, sondern auch drum herum. Dort erfährt man, welchen Abstand man zu Kreuzungen haben muss etc. Es ist ein Versehen, dass Sie dieses Merkblatt erhalten haben ohne Vermassung.

Selbstverständlich werde ich Ihnen umgehend dies nachreichen. Selbstverständlich werde ich es nicht nur Herrn Winter zustellen, damit er es weiterkopieren muss, auch das eine kleine Unschönheit, sondern allen Parteipräsidenten zustellen. Ich möchte mich für diesen faux-pas entschuldigen und werde dies nachholen.

Zur zweiten Frage, weshalb es so lange gebraucht hat. Der erste Grund dafür ist, dass mit der ersten restriktiveren Antwort der Gemeinderat unglücklich war und er hat es der zuständigen Hauptabteilung - das ist meine - zurückgewiesen. Und dort, das ist der zweite Grund, hat es ein bisschen länger gebraucht als notwendig. Das hat auch der Gemeinderat so gerügt und auch dafür möchte ich mich entschuldigen, die entsprechenden Gespräche haben stattgefunden. Zur dritten Frage, was passiert, wenn nicht jede von diesen neun angemeldeten Parteien tatsächlich die 12 möglichen Plakate einreichen, sodass plötzlich gewisse Flächen leer bleiben. Mit dieser Frage haben wir uns noch nie auseinandergesetzt. In der Regel sind die Parteien dankbar um diesen Gratisservice, den die Gemeinde bietet, und hätten am liebsten noch mehr Plakate abgeliefert. Es kommt sehr selten vor, dass eine angemeldete Partei diese nicht einreicht. Ich kenne die Antwort spontan nicht und ich würde vorschlagen, wir gehen auf diese Frage ein, wenn es tatsächlich passieren sollte, dass eine von den neun ortsansässigen Parteien von diesem Gratisangebot nicht Gebrauch machen möchte. Es gäbe dann zwei Lösungsmethoden, entweder lässt man sie leer oder, wenn es eine durch neun teilbare Zahl ist, dann könnte man nachreichen. Aber dann stellt sich die Frage, wer die Kosten vom Nachkleben übernimmt. Ich schlage vor, dass wir es beim Status quo belassen und bleiben bei 12 Plakaten pro Partei. Dank der neuen Aushangmöglichkeit gibt es ein Plakat mehr und auch dort stellen wir für jede Partei eine Plakatfläche bereit.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Danke an den Gemeinderat. Ich habe eine grosse Bitte an die Parteiverantwortlichen. Wir sollten uns daran halten, was wir zusammen gemacht haben, dann wird der Plakataushang dünner werden als das Wahlcouvert, das Hans-Peter erhalten hat, und vor allem auch die Wut der Leute. Bitte halten wir uns daran.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn ich das richtig verstanden habe, dann darf man im Kreisel gar kein Plakat mehr aufgehängt werden. Ist das richtig so?

Cedric Roos, Präsident: Dies wurde bestätigt.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn es wirklich der Fall wäre, dass wir so viel freie Plakatwände hätten, dann würde ich aufkleben gehen. Das würde ich machen.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Die leeren Plakatflächen sind jedes Mal eine Diskussion. Grundsätzlich handhabt die ABG folgendes. Leere Flächen tun sie auf Auftrag der Gemeinde mit weissen Blättern bekleben, damit es nicht leer aussieht, wie wenn ein Plakat fehlen würde. Das gab es auch

schon, dass die ABG geklebt hat, und nachher gewisse Plakate zu einem späteren Zeitpunkt noch gebracht wurden. Deshalb klebt die ABG ein weisses Blatt, damit es ein gutes Bild gibt.

Cedric Roos, Präsident: Wir kommen zur Frage 11.

Christoph Morat, Gemeinderat: Kathrin Gürtler von der FDP/GLP-Fraktion stellt die Frage nach dem Bauplatz auf der Wegmatten. Die Wegmatten ist kein Bauplatz, sondern ein Bauinstallationsplatz. Dort hat man für den Kreisel seinerzeit den Baufirmen eine Fläche zur Verfügung gestellt, wo sie ihre Materialien und Baumaschinen und Container abstellen konnten. Die Fragen lauten: Wie lange wird der Bauplatz noch benötigt? Wir haben entschieden, dass es zeitlich passt mit dem Bau vom Feuerwehrmagazin. So lang, wie diese Baufirma, die das Feuerwehrmagazin baut, noch diesen Platz braucht, so lange wird das noch bestehen bleiben. Das heisst, dass es witterungsabhängig ist. Im Augenblick warten wir darauf, dass sie mit der Umgebung anfangen. Mit dem Abbruch des alten Feuerwehrmagazins sollte es am Freitag so weit sein, dass sie damit anfangen die Ziegel abzudecken. Wenn die Umgebung des Feuerwehrmagazins fertig ist, dann wird es zurückgebaut. Das hat der Gemeinderat im November entschieden.

Welche Personengruppen parkieren ihre Fahrzeuge auf diesem Platz? Der Parkplatz wird momentan von Mitarbeitenden der Post und der Firma Farnair, die Mieter ist der alten Gemeindeverwaltung, Baslerstrasse 101, genutzt. Diese stellen im Moment ihre Autos auf diesen Parkplatz. Weiter sind dort zwei Garagen für die Kantonspolizei und dann sind da natürlich auch noch Bauarbeiter, die dort arbeiten und auch ihr Auto dort hinstellen. Warum wird er nicht abgesperrt? Es ist eine vorübergehende Situation dort und wir dachten, wir lassen es so lange sein, weil es absehbar ist, wann dieser Platz zurückgebaut wird. Die neue Wertstoffsammelstelle beim Feuerwehrmagazin wird in Betrieb genommen, wenn sie abgenommen ist. Sie gehört uns offiziell noch nicht, sie ist noch nicht abgenommen. Sobald sie abgenommen wurde mit der Umgebung zusammen, wird sie in Betrieb genommen. Bis dahin haben wir vis à vis das Provisorium mit den alten Containern stehen. Es braucht noch einen Moment Geduld, aber bis spätestens März wird dies alles fertig sein.

Cedric Roos, Präsident: Es gibt jetzt die Möglichkeit, noch mündliche Fragen zu stellen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Diejenigen, die am Apéro von der Feuerwehrmagazineinweihung waren, haben gehört, dass angeblich eine Solaranlage auf das Dach kommen soll. Meine Frage ist, ob das so ist und wie weit ist man mit der Planung und wer wird Inhaber sein von dieser Solaranlage.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das wollte ich nachher beim Postulat von Herrn Lochmann beantworten, aber ich kann auch hier bereits informieren. Der Gemeinderat Allschwil hat mit der Firma Tritec einen Vertrag abgeschlossen. Die Firma Tritec ist Besitzer von der Solaranlage, die auf das Feuerwehrmagazin kommt. Eigentümer bleibt die Firma Tritec, wir stellen es nur zur Verfügung und zwar für CHF 1 pro Quadratmeter Miete pro Jahr.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin nicht alleine dieser Meinung, sondern ich kann es als Fraktion sagen. Wir sind nicht der Meinung, dass man dies einfach so jemandem zur Verfügung stellen sollte. Mit den Solaranlagen kann man viel Geld einnehmen. Der Gemeinde würde es gut tun, wenn sie eine Einnahmequelle hätte. Die ist wirklich gut, da kommt Geld herein und zwar massenweise. Wir haben bei uns in der Fraktion jemanden, der Inhaber von solchen Solardächern ist und er sagt, dass er nur profitiert. Ich möchte dem Gemeinderat empfehlen, dies in Eigenregie zu machen. Das Geld soll in die eigene Kasse gehen. Es ist am Anfang eine kleine Investition, aber danach fließt es x-fach in die Kasse. Ich denke, wir wären gut beraten, wenn wir etwas ins eigene Kässeli tun.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir müssten eine gesetzliche Grundlage schaffen, damit wir dafür Investitionen tätigen. Der Gemeinderat ist sich durchaus bewusst, dass man damit Geld verdienen kann. Aber da muss man in erster Linie viel Geld in die Hand nehmen, um überhaupt Investitionen zu tätigen. Im Augenblick sehen wir grösseren Handlungsbedarf bei anderen Feldern, als hier Einnahmequellen mit Solaranlagen zu generieren, wo wir zuerst investieren müssten, und zwar nicht wenig. Das ist ein beachtlicher Betrag, den man in die Hand nehmen muss. Wir haben weder eine rechtliche Grundlagen

noch haben wir das Geld, um hier sofort loszulegen. Es ist die Vorreiterrolle, die immer wieder gefordert wird, die wir hier ausleben. Wir haben bereits Verträge abgeschlossen mit der Firma Tritec, das wird in nächster Zukunft so bleiben. Wir haben auch andere Dächer untersucht und sind auch dort in Verhandlungen mit Firmen. Selber machen würde ich in diesem Sektor eher zurückhaltend.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte gerne wissen, wie es momentan mit der Mühle aussieht. Konnte der Gemeinderat die Mühle weiter verpachten. An wen, und wie lange? Haben sich noch weitere Kaufinteressen beim Gemeinderat gemeldet für die Mühle?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das Ziel des Gemeinderates war immer, dafür zu sorgen, dass bei allen politischen Turbulenzen die Mühle offen bleiben kann. Das ist sie zurzeit. Wir hatten einen Pachtvertrag mit der Firma von Herr Schmid. Herr Schmid hat gekündigt, hat aber allerdings noch verlängert. Jetzt haben wir mit der gleichen Firma einen Pachtvertrag, dieser dauert bis Ende August. Diese Firma, das kann man im Handelsregister nachlesen, gehört nach wie vor Herr Schmid, Geschäftsführer ist Herr Zschaber. Die Firma gehört Herr Schmid und Herr Schmid führt momentan das Restaurant weiter. Wir werden im März abstimmen können über das Restaurant Mühle, da geht es darum, bei der Bevölkerung das okay abzuholen für das, was der Einwohnerrat beschlossen hat, nämlich den Verkauf im Baurecht. Parallel dazu sind wir bereits daran Voraussetzungen zu schaffen für die eine oder andere Variante. Wir lassen uns unterstützen und beraten, wie wir das übrigens vorher auch schon gemacht haben, für den Fall, dass die Mühle in Gemeindebesitz bleiben würde und einen neuen Pachtvertrag bräuchte. Wer der neue Pächter nach dem Volksbeschluss sein wird, ist noch absolut offen. Das wird ausgeschrieben und der wird ganz normal evaluiert. Grundsätzlich gibt es keine Präferenzen, das Spiel ist offen. Bei der zweiten Variante, wenn die Bevölkerung dem Baurecht zustimmt, lassen wir uns durch einen externen Experten beraten für das Verfassen des Baurechtsvertrags, verbunden mit allen Auflagen, die dazu gehören, insbesondere letztendlich auch der Wirtschaftsteil, der kulturelle Teil und die Festsetzung des Baurechtszinses. Wir sind jetzt schon daran, weil die Zeit nach dem Volksentscheid ist relativ knapp. Im April fängt es zuerst mit Ostern an und dann müssen wir pressieren, damit wir auf Ende August wieder parat sind.

Die Frage, die man sich stellen kann: Ist heute noch ein Interessent da? Das ist grundsätzlich derjenige, der sich für den Kauf interessiert hat. Er zeigt sich auch am Baurecht interessiert. Wir hatten noch jemand, der sich damals interessiert hat als Pächter des Restaurants Mühle. Dieser hat sich aufgrund der Komplexität der Aufgabe letztendlich zurückgezogen. Wir gehen davon aus, wenn politische Klarheit herrscht, in welche Richtung es gehen soll mit der Mühle, bleibt sie im Eigentum der Gemeinde oder soll sie im Baurecht veräussert werden, dass es dann für potentielle Pächter oder potentielle Investoren deutlich einfacher wird einen Beschluss zu fassen. Solange wir nicht wissen, in welche Richtung es geht, wäre es naiv zu meinen, es gäbe viele Interessenten. Damit habe ich es mit anderen Worten gesagt, es hat sich sonst niemand gemeldet, der Interesse hätte an dieser Thematik. Die Idee ist schon, dass wir nach dem Volksentscheid am 11. März vorwärts kommen.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: Ich habe drei Fragen, die alle in das gleiche Thema passen. Wie ist die Vergabep Praxis an Unternehmen der Gemeinde Allschwil? Bis zu welcher Summe vergibt der Gemeinderat in eigener Entscheidung Aufträge? Ist ein Submissionsreglement vorhanden und kann man dies auch anschauen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Das sind tiefere Fragen, die wir am liebsten letzten Freitag gehabt hätten, damit wir sie ausführlicher hätten beantworten können. Ich versuche es aber mit einem kleinen Überblick. Das Thema ist Submission. Es gibt vier verschiedene Sparten: Baugewerbe. Baunebengewerbe. Dienstleistungen. Beschaffungen oder Lieferungen. Wir haben in diesen vier Sparten verschiedene Schwellenwerte, diese richten sich nach der Grösse eines Auftrags. Diese Schwellenwerte kenne ich nicht auswendig. Beim Bauhauptgewerbe ist es glaub bei einer halben Million, aber ich möchte hier nicht beim Wort genommen werden. Es sind relativ hohe Zahlen. Aber ich müsste dies zusammenstellen können und könnte dem Einwohnerrat in der nächsten Fragestunde oder bei einem Infenster zeigen, wie diese Schwellenwerte sind. Wir haben im Gemeinderat einen kleinen Freiraum, das so genannte freihändige Verfahren. Auch dort gibt es in den verschiedenen Sparten verschiedene Schwellenwerte. Bis zu diesem Betrag müssen wir uns von niemandem vorschreiben lassen, ob wir den Auftrag dem Unternehmer A, B oder C geben. Selbstverständlich ist das Submissionsgesetz des Kantons Baselland verpflichtend. Die genauen Schwellenwerte müsste ich mir aus den Fingern saugen oder vorbereitet mit einer Folie präsentieren.

Rahel Balsiger, FDP/GLP-Fraktion: Ich würde gerne auf die Folie zurückkommen, dass man diese macht und wir es dann hier sehen können.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich muss nochmals auf den Grabenringkreisel zurückkommen. Es tut mir wirklich leid, aber es geht nicht anders. Robi Vogt hat gesagt, dass betreffend Velomarkierung dies jetzt abgeschlossen sei und es sei gut so. Für mich stimmt es überhaupt nicht so. Ich weiss nicht, ob du immer mit dem Velo dort durchfährst. Wenn ich vom Baselmattweg komme, dann weiss ich nicht, wo ich mit dem Velo über den Fussgängerstreifen fahren soll. Links, recht, in der Mitte oder durch die Fussgänger? Ich habe von Thomas Pfaff die Zusicherung erhalten, dass man über einen Flyer informiert wird, wie der Veloverkehr gehen soll. Ich wäre sehr daran interessiert, wenn man mir hilft, wie ich mit dem Velo gut über den Kreisel komme. Ich fahre immer so, dass die Velozeichen auf dem Kopf sind, ich fahre immer am falschen Ort, habe ich das Gefühl. Es ist jetzt eine Politik der Unsicherheit an diesem Kreisel, damit bin ich überhaupt nicht zufrieden.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Jetzt hat mich mein Parteikollege auf dem falschen Fuss erwischt. Ja, das habe ich versprochen, meine Gemeinderatskollegin hat mich schmerzlich daran erinnert. Wir holen das schnellstens nach, Entschuldigung.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich konnte meine Frage nicht schriftlich einreichen letzten Freitag, weil sich mir diese Frage erst heute Abend um 20.15 Uhr gestellt hat. Ich möchte auf die Folie von Christoph Morat zurückkommen und auf das Presse-Kommuniqué, das im Allschwiler Wochenblatt herauskommt, wo in der ganz rechten Spalte der Kindergarten Pestalozzi waren. Habe ich dort richtig gelesen, dass es einen Dreifach-Kindergarten gibt im Pestalozzi? Habe ich richtig gelesen, dass auf dem Areal Bruckerhaus ein Notzelt, Bauzelt oder eine Baubaracke – Sie können es lesen, wie es richtig hiess – hinkommt? Und sehe ich es richtig, dass der geplante Doppelkindergarten nicht mehr schubladisiert ist, sondern weggeworfen wird?

Christoph Morat, Gemeinderat: Dein Adlerauge hat dich nicht getäuscht. Auf dem Areal Pestalozzi plant der Gemeinderat einen Dreifach-Kindergarten und sogar noch einen Raum für den Vorschul-Heilpädagogischen-Dienst. Das Hinterland Bruckerhaus haben wir in einer längeren Diskussion als für nicht ganz so vorteilhaft befunden, weil dies auch noch ein Freiraum ist für das Tagesheim. Da würden sich Interessen entgegenlaufen, respektive da würde es mit dem Platz knapp werden. Das Areal, wo der Pestalozzi-Kindergarten steht, ist um einiges grösser und würde sich besser dafür eignen, dort eine Anzahl Kinder zu betreuen. Es wird mitnichten weder ein baubiologisches richtiges noch ein ökologisches Notzelt geben, sondern ein Bauprovisorium. Da reden wir von einer Container-Anlage. Dies wird zu gegebener Zeit hier im Einwohnerrat mit dem entsprechenden Kreditbegehren an euch vorgestellt und dann hoffentlich auch so beschlossen. Wir haben hier gewisse gesetzliche Aufträge. Du als langjähriger Kassier der römisch-katholischen Kirchgemeinde möchtest bestimmt wissen, was mit dem Stück Land dort geht.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Danke für die Beantwortung. Ich habe immer verschiedene Hüte an, heute Abend bin ich hier als Kurt Kneier und als Einwohnerrat, um zu schauen, ob wir haushalterisch mit unseren Gemeindefinanzen umgehen. Das wegen dem Bauprovisorium war nicht so wichtig, aber die dritte Frage wäre relativ wichtig, da ist Fleisch am Knochen. Werfen wir wirklich fixfertige Baupläne weg? Was ist hier der Schaden? Das war meine Absicht, nicht das von der Kirchgemeinde.

Christoph Morat, Gemeinderat: Baupläne werfen wir nicht einfach so weg. Wir haben dort einmal ein Projekt erstellen lassen, das weiss ich auch noch. Das war schätzungsweise im Jahr 2004 oder 2005, in dieser Grössenordnung. Wir werfen diese Pläne nicht weg. Wir haben dieses Projekt einmal gekauft und wir werden überprüfen, ob wir die Überlegungen, die damals gemacht wurden, verwenden können. Im Augenblick ist die Situation mit den Kindern eine ganz andere, als dies 2005 der Fall war. Damals mussten wir Jahr für Jahr einen Kindergarten zumachen. Heute machen wir genau das Gegenteil und haben eine leicht veränderte Ausgangslage. Ich weiss nicht, ob man dieses Modell 1 zu 1 umsetzen

könnte. Aber im Augenblick haben wir eine andere Ausgangslage und gehen von anderen Bedingungen aus.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte auch noch eine Frage stellen zum Thema Kindergarten. Ich sitze jetzt mit dem Hut als einer da, der Genossenschafter ist bei der Metzgersmatten-Genossenschaft, wo der Kindergarten hinten steht und der neu gebaut werden soll. Wenn ich mitbekomme, dass die kleinen Knöpfe, die täglich an meinem Hochhaus vorbeilaufen, nicht mehr hinten zum Bachgraben müssen, sondern neu 1,5 Kilometer über die Baslerstrasse an den Sandweg müssen, dann staune ich. Ist es wirklich gedacht, dass sie während der Bauzeit an den Sandweg müssen? Ich weiss nicht, wo am Sandweg, es ist ein langer Weg für so kleine Knöpfe. Gibt es keine Möglichkeit eines Bauprovisoriums oder einen Ersatz in der Nähe. Platz hätte es auf dem Metzgersmatten-Areal sicher für irgendwelche Container.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wenn du uns da weiterhelfen kannst, dass wir dort in der Nähe ein Provisorium aufbauen können, dann werden wir dies sicher nicht von uns weisen. Wir haben uns überlegt, was wir für Möglichkeiten haben. Wir haben uns überlegt, wo die Kinder her kommen. Es war eine genaue Analyse, die das BEK gemacht hat, woher die Kinder kommen und wo sie jetzt wohnen. Es sind nicht viele Kinder nördlich der Baslerstrasse. Es wird 13 Kinder mehr geben, diese kann man auch verteilen auf Schlappenmatte, Theresien oder zum Sandweg. Da ist das letzte Wort noch nicht geredet. Wir nehmen es gern zur Kenntnis, wenn die Genossenschaft Metzgersmatten Hand bieten würde für eine Lösung, wo man dort vor Ort etwas realisieren könnte. Aber das muss man im Detail prüfen. Wir sind sicher nicht verschlossen für eine solche Möglichkeit.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Gut, dann kann ich einfach sagen, dass die Metzgersmatten-Genossenschaft im Hochhaus 193 ist. Dorthin könnt ihr die Post schicken, diese bieten sicher Hand oder sind offen ein Ohr dafür zu geben. Das würde ich versuchen.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ich erlaube mir nochmals das Wort zu ergreifen zu den Kindergärten. Es ist einiges am Tun. Die Frage an Frau Pausa: Hat man das Thema Waldkindergarten auch nochmals diskutiert, jetzt wo man erweitern muss?

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Da der Waldkindergarten auf privater Basis und ein bisschen anders funktioniert, haben wir das nicht in Erwägung gezogen. Das ist ein privater Kindergarten.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Biel-Benken hat auch einen Waldkindergarten, und der ist nicht auf privater Basis.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Unserer, der im Allschwilerwald ist, der ist auf privater Basis.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ja, unserer schon. Aber ich meine ein gemeindeeigener Wald-Kindergarten. Vor ein paar Jahren hat man es abgetan, dass man es nicht brauche, als wir vor zwei Jahren damit gekommen sind.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Ich nehme das gerne auf und bespreche es mit der Schulleitung, ob dies auch eine Möglichkeit sein könnte.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich stelle einen Ordnungsantrag, bevor die Sitzung geschlossen wird. Wir hatten jetzt eine Fragestunde, die eine Stunde gedauert hat. Wir haben noch zwei Traktanden. Ich denke, dass es beim nächsten Traktandum länger gehen könnte. Ich habe Angst, dass mein Traktandenpunkt heute nicht mehr dran kommt. Es ist heute zum vierten Mal traktandiert. Wenn es so weitergeht, dann ist die Baslerstrasse umgebaut, bevor wir über die Spezialkommission reden.

Cedric Roos, Präsident: Ist das ein Antrag auf Umstellung der Traktandenliste?

Josua M. Studer, SD, fraktionslos, Nein, dass wir die Traktandenliste fertig machen.

Cedric Roos, Präsident: Ich schlage vor, dass wir mit Traktandum 9 weiterfahren und nachher darüber abstimmen, ob wir Traktandum 10 nachher auch noch behandeln, sollte dies zur Frage stehen.

642 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, vom 27.06.2011, betreffend Photovoltaikanlagen auf allen Gemeindebauten in Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4016

Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion: Das Postulat Sauberer Strom für Allschwil wurde bereits überwiesen. Wir von der Sonfas möchten einen Schritt weiter gehen und uns konkret für die zukunftssträchtige Energiegewinnung mittels Solaranlage einsetzen. Sonfas ist nicht gleich FDP, sondern eine öffentliche gemeinnützige Organisation. Sie wurde zwar von FDP-Mitgliedern gegründet, aber es steht jedem frei Mitglied zu werden. Vielleicht sitzen in wenigen Jahren Josi und Jean-Jacques zusammen im Vorstand. Legen Sie dieser guten Sache keine Steine in den Weg und unterstützen Sie mein Postulat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat Ihnen mitteilen lassen, dass wir dieses Postulat nicht gerne entgegennehmen, und zwar aus folgenden Gründen. Der Antrag lautet: Im Namen der FDP/GLP-Fraktion stelle ich zuhanden des Gemeinderates den Antrag zu prüfen, ob sämtliche Gemeindebauten mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden können und dem Rat darüber zu berichten. Das haben wir bereits gemacht und wir sind sogar schon daran, Verträge abzuschliessen. Wir haben bereits einen Vertrag abgeschlossen mit der Firma Tritec für das Feuerwehmagazin und das Garderobengebäude im Brühl beim Sportplatz. Ein drittes Dach, das von Tritec geprüft wurde, ist das Freizeithaus. Das Freizeithaus hat wegen den Bäumen, die davor stehen, eine Beschattung und eignet sich darum nicht für die Erstellung einer Photovoltaikanlage. Wir haben bereits viel umgesetzt, was das Postulat fordert. Wir können nicht darauf eintreten, dass sich der Gemeinderat festlegen muss auf einen bestimmten Anbieter. Wir brauchen eine gewisse Freiheit. Vorhin wurde die Frage nach den Submissionen gestellt. Selbstverständlich sind wir immer an das wirtschaftlich günstigste Angebot gebunden, auch bei einer ideell guten Sache. Wir finden das auch eine gute Sache mit den Photovoltaikanlagen, aber wir denken, dass wir bereits einen Schritt weiter sind. Darum möchten wir nicht mehr gross prüfen und berichten. Wir haben das Postulat betreffend Solardächer für Allschwil am 15. Juni 2011, Potentialstudie. Das ist bei der Hauptabteilung Tiefbau und Umwelt im Auftrag, aber die Ergebnisse liegen zurzeit noch nicht vor. Für alle neuen Bauten werden wir selbstverständlich darüber nachdenken, ob wir auf den Flachdächern, sei das bei Kindergärten oder beim neuen Schulhaus, Stroh oder Warmwasser machen. Im Augenblick möchten wir dieses Postulat, so wie es eingegeben wurde, nicht entgegennehmen und würden uns freuen, wenn Sie unseren Antrag unterstützen.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte hier nochmals ausdrücklich festhalten, dass es in diesem Postulat nicht darum geht, einer Genossenschaft ein Exklusivrecht zu geben, sondern es soll für alle gelten, Genossenschaft oder Verein, mit dem ideellen Zweck und einer privaten Basis, dass man ihnen keine Steine auf den Weg legt. Ich bitte den Rat, in der Sache zu entscheiden und nicht parteipolitisch. In gewissen Gesprächen hatte ich den Eindruck, dass parteipolitisch entschieden werden soll. Obwohl wir heute Abend das Postulat der Interessensbindung abgelehnt haben, was ich persönlich bedaure, lege ich meine Interessensbindung hier offen. Ich bin Verwaltungsrätin der Sonfas und werde bei der Abstimmung in Ausstand treten, weil ich nicht gleichzeitig die Interessen einer Gesellschaft vertreten kann, wo ich als Einwohnerrätin einen Vorteil zulassen könnte.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Interessensbindung bei mir ist Gründungsmitglied. Ich sehe mich als normales Mitglied und werde nicht in den Ausstand treten. Ich weiss nicht, wie deutlich genug ich das betonen kann. Es ist nicht die Meinung, dass die Gemeinde nur Sonfas ihre Dächer zur Verfügung stellt, es wäre eine Möglichkeit. Es gibt viele Leute, die kein eigenes Dach haben in der Gemeinde Allschwil, aber vielleicht trotzdem diesen Gedanken toll finden und ideell etwas investieren möchten. Für solche Leute haben wir eine Genossenschaft gegründet, damit die Leute, die nicht selber ein Hausdach haben und dies selber realisieren können, aber dies trotzdem möchten, die Möglichkeit haben. Einerseits hat die Gemeinde bereits an Firmen ihre Dächer zur Verfügung gestellt. Und hier sperrt sie sich, wo der einzelne Allschwiler sagen könnte, dass da oben ein halber Quadratmeter von ihm ist.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Wenn man das Postulat liest, dann stechen einem ein paar Sachen ins Auge. Das eine ist das „unentgeltlich zur Verfügung stellen“. Das sehe ich nicht ganz, wenn wir jetzt gehört haben, dass die Gemeinde pro Quadratmeter CHF 1 verlangt, dann ist das nicht viel, aber doch etwas. Ich gehe davon aus, dass dies drin liegt, das ist ein symbolischer Franken. Was gratis ist, hat nicht viel Wert, sagt man. Es wurde jetzt geklärt, dass es nicht nur um Sonfas geht, sondern allgemein sein soll. Es ist ein Postulat und es wird nicht verlangt, dass nur Sonfas dies darf. Grundsätzlich finde ich es richtig, dass man in dieser Richtung etwas macht und die Möglichkeit bietet. Wenn man ein Allschwiler Unternehmen hat, das dies macht, umso besser. Ich wünsche von den Postulanten, dass ihr das textlich anpasst, nicht dass wir hier eine Zwickmühle haben. Wir werden dem zustimmen, damit auch Leute, die kein eigenes Dach haben, also in einem Hochhaus wohnen, dies umsetzen können, wenn sie ein Bedürfnis haben. Es ist ja niemand verpflichtet.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Matthias, es geht nicht darum, links und rechts auszuspielen, ich habe kein Futterneid auf dieses Postulat. Der Gemeinderat hat die Hoheit zu entscheiden, was er auf den Dächern macht, oder die VPK bei den Quartierplänen. Ich bin ein bisschen ein Schlitzohr, tut mir leid. Du schreibst, „auf sämtliche Gemeindebauten“. Ich hatte den Vorteil, dieses zu sehen vorher. Ich habe weitergemacht, „auf alle Liegenschaften, wo die Gemeinde eingemietet ist“. Ihr redet von dem einen Anliegen der Genossenschaft. Diese ist namentlich hier drin genannt und damit explizit aufgeführt. Ich habe es ganz offen gelassen, nicht nur auf Solardächern, sondern alles, was die Gemeinde macht beim Energiesparen, Energieeffizienz, als Vorbildfunktion für die Gemeinde. Zum Glück ist das übergegangen. Was ihr wollt, ist hier alles eingepackt, mit allen Normen, die nötig sind. Ich bin ein Schlitzohr, ganz einfach. Ihr könnt sagen, was ihr wollt, es steht hier drauf, worum es geht, nämlich die Genossenschaft. Wir haben in Allschwil grosse Firmen, die regional auf diesem Gebiet arbeiten. Ich finde es toll, wenn man es offen lassen kann, was der Gemeinderat machen wird. Wir werden das Postulat nicht wegen Futterneid ablehnen, sondern weil unserer glücklicherweise vorher durchgegangen ist.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion finden Photovoltaikanlagen eine gute Sache und eine gute Art der Energiegewinnung. Dennoch sind wir der Meinung, dass dieses Postulat nicht überwiesen werden soll. Wir haben heute vom Gemeinderat gehört, dass die Gemeinde bereits dran ist, solche Projekte zu realisieren. Der Gemeinderat soll sich darauf konzentrieren, dies weiterzuführen und nicht noch mit Berichterstattung etc. belastet werden, ansonsten besteht die Gefahr der Übersättigung der Materie und damit wäre der Sache nicht gedient. Wir meinen, dass der Gemeinderat auf einem guten Weg ist und darum das Postulat nicht mehr nötig ist.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Unsere Fraktion hat sich situativ eine Meinung gebildet. Fragwürdig finden wir das Geschäftsmodell, das hinter dem Postulat steckt. Wir sind gar nicht der Meinung, dass die Gemeinde als Grundeigentümer Dächer von ihrer Liegenschaften unentgeltlich oder gegen bescheidene Entgelte zur Verfügung stellt. Da ist die Frage erlaubt an den Postulanten, ob er, wenn er Hauseigentümer ist, sein Hausdach gratis einem Betreiber zur Verfügung stellt und der nachher das Geschäft macht mit den Einspeisevergütungen, ohne zu wissen, was die Gegenleistung für mich als Hauseigentümer ist. Deswegen sind wir für Nichtentgegennahme von diesem Postulat. Nicht parteipolitisch, sondern aus sachlichen Überlegungen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich habe das Postulat angeschaut und habe probiert alle Ressentiments auf die Seite zu stellen. So, wie ich es juristisch verstehe, lautet der Antrag auf den ersten

2,5 Zeilen: Die Gemeinde Allschwil soll prüfen und berichten, was man machen könnte. Die Begründung ist nicht bindend und die untere Hälfte ist ein Wunsch: „Als konkrete Massnahme möchte die FDP“ usw., und es hat noch viel mehr Wünsche unten dran. Die sind meines Erachtens auch nicht bindend, der Antrag ist 2,5 Zeilen lang. Und das ist das, was wir jetzt bereits machen. Sie rennen offene Türen ein beim Gemeinderat, er soll vorwärts machen und darüber berichten. Er ist dran und ich tendiere dazu zu sagen, dass es halbwegs bereits erfüllt ist, was hier gefordert wird. Was Jean-Jacques Winter eingereicht hat, geht sogar noch eine Spur weiter. Wenn wir das jetzt annehmen, dann haben nicht mehr als das, was Jean-Jacques eingereicht hat oder als das, was der Gemeinderat bereits macht.

Juliana Weber Killer, SP/EVP-Fraktion: Ich war auch an der Veranstaltung am Montag, die ich sehr informativ gefunden habe. Ich danke der FDP, das war eine Gratis-Weiterbildung. Ich finde die Idee von einer Genossenschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien sehr gut. So gesehen kann die SP diesem Postulat beipflichten. Ich habe an der Veranstaltung mit einigen von euch geredet und war sehr begeistert. Ich habe einen Anmeldezettel mit nach Hause genommen und habe den zu Hause gelesen, und dann wurde ich sehr stutzig. Ich lese es vor: Um Genossenschafter zu werden, füllen Sie bitte die Beitrittserklärung aus. Sobald Sie mit Ihrer Einzahlung als neuer Genossenschafter registriert sind, werden wir Ihnen per Post Ihren Anteilschein im Wert von CHF 200 und die Statuten zustellen. Da wurde ich stutzig. Ich möchte keinen Beitritt unterschrieben, ohne dass ich vorher die Statuten gesehen habe. Als ich Rücksprache mit anderen gehalten habe, fand ich, dass es fragwürdig ist, dass dieses Projekt von der Gemeinde unterstützt werden soll, weil ein Gemeinderat im Verwaltungsrat von der Sonfas sein wird. Das ist eine etwas fragwürdige Verfilzung. Persönlich werde ich überlegen, so einen Anteilschein zu unterschreiben, aber ich möchte die Statuten vorher sehen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich muss mich an dieser Stelle auch outen, ich bin Verwaltungsratsmitglied der Genossenschaft Sonfas.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Der Gedanke der Genossenschaft ist der, dass nicht die Gemeinde dies vorfinanziert, sondern dass die von privaten Personen gemacht werden kann. Dass man dann ein grösseres Dach sucht für eine solche Anlage, ist auch klar. Der grosse Vorteil ist, wenn eine Genossenschaft ein Dach baut und keine Firma, dann können sich Einzelpersonen eingeben und aktiv etwas machen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte auf einen wichtigen Punkt hinweisen. Wir haben bereits eine Potentialstudie im Auftrag und wir müssen dort bereits prüfen und berichten, ob Solardächer auf gemeindeeigene Bauten erstellt werden können. Auch wenn man nur prüft und berichtet, es wurde bereits ein Postulat in Auftrag gegeben. Rein formell wäre es gar nicht zulässig, weil es genau das gleiche betrifft, nämlich das Potential zu erkennen auf den gemeindeeigenen Bauten. Der Gemeinderat ist an einer Studie bereits dran, damit wir über alle Dächer Bescheid wissen, wo es möglich ist. Im Augenblick wurden mit der Tritec nur drei Dächer ausgemacht, wobei eines schon wieder draussen ist. Es ist kein wahnsinniges Potential vorhanden, aber wir werden selbstverständlich sämtliche anstehenden Neubauten, die kommen, und da kommen einige auf uns zu, prüfen, damit wir die Sonnenenergie nutzen können. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir auf Nichtüberweisung dieses Postulats plädieren. Es hat nichts mit Parteien zu tun. Wir finden es grundsätzlich eine gute Sache. Ein Postulat zu überweisen, das schon umgesetzt ist, wie es Josua M. Studer und Stephan Wolf richtig gesagt haben, ist nicht richtig. Darum plädieren wir dafür, dass man es nicht überweist. Es geht weder um Parteipolitik noch sonst irgendwas, sondern um formelle und sachliche Gründe.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Nur kurz und als Anregung. Die Firma Tritec wurde erwähnt, das ist eine Allschwiler Firma, die relativ gut im Markt ist. Ich möchte anregen, dass man solche Studien, nicht mit ausführenden Firmen macht, sondern mit Planungsfirmen. Wir haben im Büro schon ein paar solche Anlagen gemacht, wir haben auch Anlagen, wo der Bauherr direkt bezahlt hat, gemacht. Wir haben das auch schon mit Genossenschaften gemacht, das ist nichts Neues. Genossenschaften gibt es schon lange auf diesem Markt, die solche Anlagen bauen und finanzieren. Der Betrag, der hier genannt wurde, liegt in dem Rahmen, der üblicherweise bezahlt wird. Wir haben auch ein Dach gemacht, da gab es CHF 200 Miete pro Jahr. Das liegt in diesem Rahmen. Wir haben auf einem Dach eine Pilotanlage für die Schweiz gebaut. Gerade bei Beschattungen ist es ein Vorteil, wenn man mit einem Ingenieurbüro arbeitet. Die Firma Tritec hat Solarzellen, die können gewisse Sachen abdecken. Es gibt inzwischen Technologien, wo

die Beschattungsproblematik nicht mehr so ein Thema ist, weil die innerhalb der Zelle anders gesteuert und geschaltet werden. Nicht dass man plötzlich sagt, das sei dort nicht tauglich, weil es mit diesem Produkt nicht geht, aber mit einem anderen Produkt könnte man noch etwas herausholen. Dies einfach als Anmerkung.

Cedric Roos, Präsident: Mir liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Dieser Antrag wurde soeben zurückgezogen. Wir kommen zur Abstimmung des Postulats.

://:

Das Postulat wird mit 28 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Dann kommen wir, wenn es keine Proteste gibt, und ohne über einen Ordnungsantrag abzustimmen, zum Traktandum 10. Wir ziehen das jetzt durch, dann haben wir nachher keine Leichen im Keller.

643 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend
Bildung einer Spezialkommission Verkehr
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER, Geschäft 4018

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich möchte gerne die Meinung des Büros wissen.

Cedric Roos, Präsident: Das Verfahrenspostulat enthält zwei Teile. Erstens die Bildung einer Spezialkommission und zweitens den Wunsch, die ehemaligen Mitglieder zu reaktiveren. Zuerst zum zweiten Punkt und zur Zusammensetzung. Ich verlese alle Einwohnerräte, die an dieser Kommission beteiligt waren: Ivo Corvini, Felix Keller als Ersatz, Hanspeter Frey, Ursula Pozivil als Ersatz, Max Amsler, Jürg Gass und Josua M. Studer. Wir stellen fest, dass Herr Studer der einzige Einwohnerrat ist, der heute noch als Einwohnerrat amtiert. Ich weiss darum nicht, ob es sinnvoll ist, die anderen zu reaktivieren, geschweige denn, ob sie das überhaupt noch wollen.

Zum ersten Punkt: Das Büro ist der Meinung, dass diese Aufgabe in den Kompetenzbereich der VPK fällt. Die VPK kann dazu als Ganzes oder in einer Subkommission tätig werden. Sollte es die Ressourcen der VPK sprengen, dann hat sie immer noch die Möglichkeit, einen Antrag an den Einwohnerrat zu stellen. Darum hat das Büro eine Anfrage bei der VPK gemacht und vom Präsident die Antwort erhalten, dass dieses Thema in der Kommission noch nie behandelt wurde und noch keine Anträge in der Kommission vorliegen. Das hat uns verwundert, zumal Herr Studer Mitglied der VPK ist. Er könnte sich also in der Kommission oder sogar in einer Subkommission persönlich engagieren, zumal er der einzige amtierende Einwohnerrat ist, der damals dabei war. Aufgrund von dieser Ausgangslage empfehlen wir Nichtentgegennahme.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Es ist halt schon so, ich überlebe manchen, ihr seht, was ich für einen Durchhaltewillen haben. Ihr habt heute Abend wieder probiert, mir den Gar aus zu machen, aber es spornt mich mehr an als etwas anderes. Wieso ist kein Antrag in der VPK hängig? Eben, weil es damals eine Spezialkommission war, die damals extra losgelöst von der VPK gearbeitet hat, weil es um eine Kantonsangelegenheit geht. Weil es lange im Kanton hängig war, hat man nichts mehr unternommen. Wir haben einen Abschlussbericht gemacht. Wir haben den weiter gegeben an den Gemeinderat, und der an den Kanton. Der Kanton hat nun plötzlich das ganze Konzept auf den Kopf gestellt. Deshalb meine ich, das wir wieder eine Spezialkommission machen sollten, damit die Anliegen von Allschwil eingebracht werden. Ich habe nicht gesagt, es müssen diejenigen wieder dabei sein, aber es wäre von Vorteil, weil

diese wissen, um was es geht. Sonst bin ich der einzige, der allen anderen sagen muss, was wir gemacht haben. Ich denke mir, dass ein Ivo Corvini und wer da noch dabei war, sich auch gerne wieder treffen. Man könnte es als Klassenzusammenkunft benennen, wenn da solche Oldies wieder auftreten müssen. Wir haben gesehen, wie lange es gegangen ist mit der Baslerstrasse. Ich persönlich habe im Landrat gesehen, was mit dieser Strasse alles hätte gehen sollen und was mit dem Grabenringkreisel alles gegangen ist, wo ich keine richtigen Antworten erhalten habe, wie dieser Kreisel aussehen wird. Ich habe darum Angst, dass wir dann plötzlich eine Strasse haben, die niemand wollte. Deshalb wäre es wichtig, dass wir nochmals darüber gehen, egal wer es macht. Es kann auch die VPK machen, ich meinte einfach, es wäre ideal, wenn sich die wieder zusammensetzen würden, die es damals gemacht haben, weil wir wissen, von was wir reden. Saskia Schärer war auch dabei, die würde sich gerne in Allschwil wieder einbringen, davon bin ich überzeugt.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion: Ich habe die Spezialkommission Verkehr auch erlebt. Ich war nicht Mitglied, aber ich habe den Bericht gelesen. Wir haben es von Jürg Gass berichtet bekommen und ich mag mich relativ gut erinnern an seine Schlussequenz. Viel warme Luft, ein Ergebnis, das viel Papier gefüllt hat, aber gebracht hat es nicht so viel, sprich es hat gar nichts gebracht. Das ist relativ viel Aufwand für etwas, was man in der VPK, wie vorgeschlagen, oder in der Unterkommission der VPK mindestens so gut machen kann, vor allem kann man es auch ad hoc machen. Die alten Mitglieder hier wieder zu aktivieren, finde ich keine sehr gute Idee. Von ein paar von denen weiss ich, dass sie explizit nichts mehr mit Politik zu tun haben möchten. Ich denke, wir können das ad acta legen und wir sind für Nichtüberweisung des Verfahrenspostulats.

Josua M. Studer, SD, fraktionslos: Ich möchte mich verwehren, dass hier warme Luft produziert wurde. Die linke Seite war nicht zufrieden mit dem Resultat. Ihr wolltet jede Haltestelle als Kap-Haltestelle. Wir haben es hingekriegt, dass man eine logische Lösung hatte, nämlich jede zweite. Das war ein Kompromiss, der von bürgerlicher Seite gemacht wurde. Ihr wart damit einfach nicht zufrieden. Der Kanton hat das, was wir empfohlen haben, aufgenommen. Das war sicher keine warme Luft, sondern es war eine Lösung, mit der man leben konnte. Aber dann wurde Herr Krähenbühl Regierungsrat und der wollte keinerlei Kap-Haltestellen. Aber was machen wir jetzt, jetzt ist alles im luftleeren Raum. Wir müssen bei dem, was wir damals erreicht haben, nämlich jede zweite Haltestelle als Kap-Haltestelle, bleiben. Wenn wir das dem Kanton überlassen, dann haben wir am Schluss vielleicht eine Rennbahn und das passt euch dann gar nicht.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich möchte Josua M. Studer unterstützen. Wenn wir eine Möglichkeit haben, hier nochmals mitzureden, dann sollten wir dies auf möglichst breiter Basis wahrnehmen, um die Interessen von Allschwil durchzusetzen. Es kommt selten gut, wenn der Kanton etwas bestimmt und es kommt auch selten gut, wenn über Allschwil einfach bestimmt wurde. Ich sehe es nicht als Konkurrenz zur VPK, sondern höchstens als Ergänzung. Man soll dort Geschäfte bündeln, wo es nötig ist, und dort Druck machen, wo es machbar ist.

Rolf Adam, 1. Vizepräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Das Verfahrenspostulat wird mit 11 Ja- und 24 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen nicht überwiesen.

Cedric Roos, Präsident: Wir sind am Ende der Sitzung und ich habe noch zwei Mitteilungen. Erstens wird die Februarsitzung ausfallen und zweitens wünsche ich allen Kandidaten viel Glück, weil wir sehen uns erst nach den Wahlen wieder. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

ENDE